

Welturanwaffenkonferenz brachte südirakische Ärzte nach Hamburg!

Der Erzähler John Cowper Powys formuliert über den Untergang Trojas: Sie spiegelt, „was uns allen geschah, geschieht und geschehen wird – von den allerersten Anfängen bis zum Ende menschlichen Lebens auf dieser Erde“.

Gemeint ist hier die aus dem vorchristlichen Zeitalter stammende Sage über das hölzerne Trojanische Pferd, indem die Feinde sich versteckten und darauf hofften, mit ihm innerhalb die trojanischen Stadtmauern gezogen zu werden um danach zuschlagen zu können. Mit anderen Worten: Sollten wir uns weigern aus der Geschichte zu lernen wird uns unsere Gutgläubigkeit zum Verhängnis!

„Uranwaffen - Trojanischen Pferde des Atomkrieges“, unter diesem Namen organisierte die GAAA in Hamburg vom 16.-19. Oktober eine internationale Uranwaffenkonferenz. Die insgesamt über 200 TeilnehmerInnen kamen aus 21 Ländern von fünf Kontinenten. Unter den 35 Rednern waren Wissenschaftler, Ärzte und Umweltsachverständige aus dem Irak, unabhängige Forscher, Experten des Völkerrechts, Militär-Experten, eine Whistleblowerin aus einem Atomwaffenlabor der USA, ein Ankläger des Internationalen Kriegsverbrecher-Tribunals für Afghanistan, Veteranen und Familienangehörige, zivile Opfer, sowie Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen (NROs), der Friedens- und globalisierungskritischen Bewegung. Sie präsentierten ihre neuesten Erkenntnisse und Fakten über die Auswirkungen dieser illegalen Waffen.

Die irakische Wissenschaftlerin Dr. Souad Al-Azzawi, die kurz vor der Konferenz, am 12. Oktober, den mit 10 000 Euro dotierten Nuclear Free Future Award erhalten hatte, trug die Ergebnisse ihrer Umweltstudien über die Kontaminierung von Boden, Luft und Wasser durch DU (Depleted Uranium – abgereichertes Uran) im Süd-Irak vor.

Die Ärztin Dr. Genan Hassan aus dem Kinderkrankenhaus und der Arzt Dr. Jawad Al-Ali aus dem Lehrkrankenhaus der südirakischen Stadt Basra stellten ihre epidemiologischen Studien dar. Wir sind sehr froh darüber, mit dieser Konferenz diese Studien öffentlich gemacht haben zu können, da wir damit eines der Ziele der Besatzungsmächte, die Folgen der DU- Munition zu verheimlichen, verhindern konnten. Ärzte machen auch nach der Entmachtung von Saddam Hussein klar, dass

sie von einem signifikanten Zusammenhang der DU- Munition und den dortigen Erkrankungen nicht nur überzeugt sind, sie dieses sogar belegen können, obwohl z.B. in Bagdad das Gesundheitsministerium, in der die Akten über die Untersuchungen gelagert werden, durch die Besatzer nicht vor Plünderungen geschützt wurden. Irakische Ärzte erklärten, dass sie unter starkem Druck stehen, den Zusammenhang des extremen Anstiegens von sehr aggressiven und seltenen Krebserkrankungen und schwerster Fehlbildungen bei Neu- und Totgeborenen seit dem Golfkrieg von 1991, wo diese Uranmunition zum Einsatz kam, leugnen zu müssen. Es sind bereits viele Ärzte und andere Wissenschaftler und Professoren getötet oder verhaftet worden. In dieser Situation des Chaos ist es ein Leichtes politische Ermordungen zu verbergen. Zudem gibt es in dieser gesetzlosen Situation, in der der gesamte irakische Polizeiparagraf, ohne Ersatz dafür, aufgelöst wurde, keinen Schutz.



Frau Dr. Hassan erklärte: „Wenn die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Basra durch die Krankenhäuser zieht und durch uns auf die Ursache durch DU hingewiesen wird, winkt die WHO nur ab und ignoriert dieses. Wir haben genug davon, die Kinder jeden Tag sterben zu sehen und nicht dazu gehört zu werden“.

mk ●

Aus dem Inhalt:

Zukunft des FreiRaums	S. 2
Vision 2020	S. 3
Friedenssommer 2003	S. 4-6
Frieden-Ökologie-Globalisierung	S. 7
Hamburger Uranwaffenkonferenz	S. 8-10
Militarisierung europäischer Weltraumpolitik	S. 11
Comprehensive Test Ban Treaty CTBT	S. 11-13
Jahrestagung der GAAA	S. 14
Leukämiefälle am AKW Krümmel	S. 15
und mehr ...	

*Irakische Wissenschaftlerinnen
auf der Uranwaffenkonferenz in
Hamburg
Foto: Marion Küpker*


Pressehütte.

Gewaltfreie Aktion
Atomwaffen Abschaffen

Liebe FriedensfreundInnen,

ein in jeder Hinsicht ereignisreiches Jahr neigt sich seinem Ende. Viele von uns haben mit dazu beigetragen, dass die Demonstrationen um den 15. Februar zu einem gigantischen Ausdruck des Widerstandes (nicht nur) gegen den (Irak-)Krieg wurden. Nein, die weltweite Sehnsucht nach einer friedlichen Welt wurde von Millionen von Menschen ausgedrückt. Damit wuchs der Glauben an die eigene Kraft.

Genau 20 Jahre zuvor trieb die Angst vor einem Atomkrieg Hunderttausende auf die Strassen Europas, um gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen zu demonstrieren.

Mit dem Friedenssommer konnten wir die Verbindung der Ereignisse von 1983 zu den aktuellen Bedrohungen durch neue Atomwaffeneinsatzpläne herstellen. Allerdings mit noch nicht so vielen Aktiven.

Wir arbeiten daran, dass sich das bald ändert, denn die Gefahr eines Einsatzes mit Atomwaffen ist heute vermutlich größer wie damals, nur ist die Betroffenheit noch nicht vorhanden. Die von uns mit auf den Weg gebrachte Informationskampagne wird sicher dazu beitragen, dass die Atomwaffen kein Randthema mehr bleiben.

Die Uranwaffenkonferenz hat in jedem Fall dazu beigetragen, dass die atomaren Kriege, die z.B. im Irak, Afghanistan und in Jugoslawien geführt wurden, eine erhöhte Aufmerksamkeit in der öffentlichen Wahrnehmung erlangte.

Mit dem FreiRaum ist es uns gelungen, ausgehend von Analysen im Bereich der Atom-, Uran- und Weltraumwaffen Aktionen vorzustellen und Kampagnen mit voranzutreiben. Dies war nur durch die Euch, aktive und spendable Leserschaft möglich. Dafür herzlichen Dank!

Zum Schluss noch ein ganz besonderer Dank und Glückwunsch:

Lange Jahre hat unsere liebe Friedensfreundin Elisa Kauffeld mit ihrem Witz und Esprit die Aktivitäten der GAAA bereichert. Ohne sie wäre der Vorgänger des FreiRaum, das atomwaffenfrei, nie bei den LeserInnen angekommen. Im Oktober feierte sie ihren 90. Geburtstag und war sich nicht zu schade, bis morgens um 2 Uhr das Tanzbein zu schwingen, obwohl es ihr Anfang des Jahres wahrlich nicht gut ging. Herzlichen Glückwunsch, liebe Elisa. Und schade, dass Deine Verfassungsbeschwerde zu Atomwaffen im Sommer abgeübelt wurde.

Eine friedliche Weihnachtszeit

Roland, Marion, Wolfgang

Zukunft des FreiRaums

Bald geht der FreiRaum ins dritte Jahr. Er ist zu einem gern gelesenen und beachteten Fachblatt geworden. Leider sind die Kosten höher ausgefallen als erwartet. Aber Dank Ihren regelmäßigen Spenden ist - wenn das so bleibt - das Weitererscheinen gesichert, auch wenn die Flaute der bundesdeutschen Geldbörsen auf die Konten der Pressehütte und der GAAA durchschlägt. Wir wollen daher nicht jammern sondern aktiv unseren Einsatz für eine Welt ohne Atomwaffen und die friedliche Nutzung des Weltraums fortsetzen.

Leser werben Leser

Was den FreiRaum betrifft, so wollen wir vor allem unsere Auflagenzahl steigern und den Abonnenten und Spendenfluss dadurch erhöhen. Wir suchen mehr Weiterverkäufer, die 10 Exemplare abnehmen und in ihrem Umfeld verbreiten. Wir suchen Gruppen und Initiativen, die den FreiRaum an ihren Adressatenkreis versenden. Denken Sie mal nach, was Sie für den FreiRaum und unsere Aktionspläne tun können.

Spendenquittungen

Damit das Spenden attraktiver wird und Sie eine steuerabzugsfähige Spendenquittung erhalten können Sie uns zukünftig an die Friedenswerkstatt mit dem Stichwort „Spende FreiRaum“ unterstützen. Vielleicht erhöhen Sie auch den Betrag um die mögliche Steuerersparnis. Überweisungsträger liegen dieser Ausgabe bei.

Aktivitäten der Redakteure

Seit März 2002 wird die Arbeit der GAAA durch die Doppelkoordination von Roland Blach und Marion Küpker vorangetrieben. Die konsequente Basisarbeit von Roland Blach, dessen Engagement mit dafür gesorgt hat, dass die Atomwaffen in Deutschland wieder stärker in der Öffentlichkeit Beachtung finden, wird ergänzt durch die internationalen Vernetzungsarbeit von Marion Küpker. Sie hat sich einen sehr guten Ruf im Bereich von Anti-Atomwaffenaktivisten und zuletzt durch die Uranwaffenkonferenz auch mit WissenschaftlerInnen erarbeitet.

Dank der guten Unterstützung durch viele Interessierte der GAAA sind im vergangenen Jahr viele Patenschaften für diese Arbeit eingegangen. Die 150 Euro, die dafür seit Mitte des Jahres monatlich neu bereitgestellt werden, reichen aber bei weitem nicht aus, um ihre Arbeit würdig und gerecht bezahlen zu können. So wäre die Uranwaffenkonferenz in Hamburg auch nicht so erfolgreich verlaufen, wenn sie sich zusammen mit den vielen anderen HelferInnen so zeitintensiv für das Zustandekommen der Konferenz eingesetzt hätte.

Wir suchen neue Menschen, die sich mit einer regelmäßigen Patenschaft über 20 Euro an diesen Kosten beteiligen. Diese Patenschaft kann monatlich, vierteljährlich, halbjährlich oder jährlich per Dauerauftrag oder Lastschrift erfolgen. Natürlich sind auch Einzelspenden, egal in welcher Höhe, willkommen.

Stichwort: „Marion“.

Konto: BW Förderverein Frieden,
Kontonr. 563131004,
Volksbank in Stuttgart,
BLZ 60090100.

Die GAAA wird ab 2004 kooperatives Mitglied der DFG-VK und kann auf diesem Wege die Aktivitäten gegen Atomwaffen und die Berichterstattung im FreiRaum einem noch größeren Interessiertenkreis zur Verfügung stellen. Der zunächst geplante Rückzug von Roland Blach ist damit obsolet, er wird die Arbeit der GAAA vom Stuttgarter DFG-VK Büro aus weiterführen.

Wolfgang Schlupp-Hauck hat in der Pressehütte das Projekt „60 Jahre Hiroshima -Atomwaffen abschaffen“ gestartet, um verstärkt Einfluß auf die Verhandlungen zum Nichtverbreitungsvertrag zu nehmen und die Vision 2020 des Bürgermeisters von Hiroshima zu unterstützen. Auch für dieses Projekt werden Patenschaften gesucht. Sie gehen auf das Konto der Friedenswerkstatt mit dem

Stichwort „Projektpatenschaft 60 Jahre Hiroshima“.

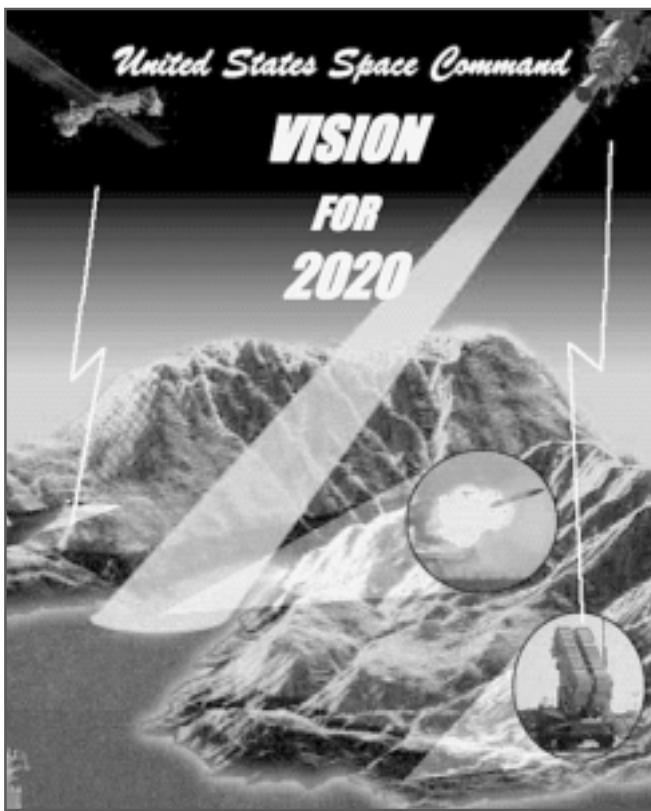
Kontonummer: 800 268 499
Kreissparkasse Ostalb
BLZ 614 500 50.

Wir hoffen auf Euere finanzielle Unterstützung und Mitarbeit.

**Roland Blach,
Marion Küpker,
Wolfgang Schlupp-Hauck**

Hiroshima Mahmmal





Vision 2020: Abschaffung aller Atomwaffen

Vision 2020 heißt ein Strategiepapier des US-Weltraumkommandos, in dem dieses plant, den Weltraum zu beherrschen und eine funktionierende Raketenabwehr zu haben. Die nukleare Bedrohung soll für US-Bürger ein Ende haben. Eine ganz andere Vision hat der Bürgermeister Akiba von Hiroshima. Seine Vision 2020 besagt, dass bis dahin weltweit alle Atomwaffen abgeschafft werden.

Eine „Emergency Campaign“ (Notfallkampagne) gegen die nukleare Bedrohung haben im Oktober die Mayors for Peace (Bürgermeister für den Frieden) in Manchester/GB verabschiedet, denn der Nichtverbreitungsvertrag ist in Gefahr.

Global denken - lokal handeln

Die Pressehütte Mutlangen, die Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen wollen im Rahmen des Trägerkreises Atomwaffen abschaffen mit Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen diesen Plan tatkräftig unterstützen. Wenn wir lokal unsere Bürgermeister auffordern sich der „Emergency Campaign“ anzuschließen, dann können wir vor Ort gemeinsam mit unseren lokalen Friedensgruppen auf das Thema Atomwaffen aufmerksam machen.

Seminare und Studien-/ Aktionsreise

Wir planen im nächsten Jahr im Februar und März je einen „Trainingsworkshop: Aktions- und

Lobbyarbeit für eine atomwaffenfreie Welt“ und ein Seminar „Grundwissen zum Nichtverbreitungsvertrag (NPT) von Atomwaffen“. Ende April und Anfang Mai machen wir eine Studien- und Aktionsreise zum Jahrestreffen des Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space in Maine und zur NPT-Konferenz nach New York.

In dieser Zeit vom 26. April bis 7. Mai 2004 werden die ersten Höhepunkte der Kampagne erwartet. Diplomaten der letzten Vorbereitungs-Konferenz in New York werden über die Zukunft des Atomwaffensperrvertrags (NPT) beraten. Im Rahmen der „Emergency Campaign“ werden zeitgleich BürgermeisterInnen aus der ganzen Welt mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) nach New York reisen und dort in der ersten Woche der Verhandlungen gemeinsam vorbereitete Stellungnahmen abgeben.

Aktionen an Atomwaffenstandorten

Der Protest gegen die atomare Bedrohung soll an die Atomwaffenstandorte getragen werden. Auf Initiative von Horst-Eberhard Richter ist für den 20. März eine Großdemonstration nach Ramstein geplant zum Internationalen Aktionstag am Jahrestag des Beginns des Irak-Krieges.

Am 5. September wird wieder der Fliegerhorst Büchel umrundet und bei der Jahrestagung des Trägerkreises vom 1.-3. Oktober wird das EUCOM in Stuttgart Aktionsziel sein.

Völkergipfel für die nukleare Abrüstung

Im April/Mai 2005 bei der Überprüfungs-Konferenz des Nichtverbreitungsvertrages sollen mehr Nichtregierungsorganisationen als je zuvor in New York teilnehmen (angestrebt werden 2000) und zu einem „Völkergipfel für die nukleare Abrüstung“ zusammenkommen. Der Bürgermeister von Hiroshima will die Unterzeichnerstaaten bei dieser Gelegenheit noch einmal dringlich dazu aufrufen, dass sie einen Zeitplan für die Abschaffung aller Atomwaffen verabschieden.

Bürgermeister Akiba hat aber gleichzeitig eine zweite Strategie vorgeschlagen. Sollten die Überprüfungs-Konferenz ohne Zeitplan zur vollständigen nuklearen Abrüstung enden, will Bürgermeister Akiba einen „Hiroshima-Prozess“ initiieren, vergleichbar mit dem „Ottawa-Prozess“. Dieser hatte Ende der 90er Jahre zum Landminen-Verbot geführt. Akiba wird im Falle des Scheiterns seine eigene Stadt als Gastgeber für solche Verhandlungen vorschlagen. Die Verhandlungen zu einer atomwaffenfreien Welt würden dann am 6. August 2005 in Hiroshima aufgenommen werden: 60 Jahre nach dem Atombombenabwurf durch die USA. **wsh ●**

USA läuten zweites nukleares Zeitalter ein

Die internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) haben am 12. November die Entscheidung des US-Kongresses vom Vortag auf das Schärfste verurteilt, das Verbot für den Bau von Mini-Atombomben aufzuheben. „Die Entscheidung [...] wird eine Spirale der atomaren Aufrüstung in Gang setzen. Die Atommächte Frankreich und Russland haben in Reaktion auf die US-Pläne bereits in den vergangenen Monaten die Entwicklung einer neuen Atomwaffengeneration angekündigt. Und die Staaten, die sich von der neuen Kriegs- und Atompolitik der USA bedroht fühlen, wie Nordkorea oder der Iran, werden verstärkt versuchen, in den Besitz der Bombe zu kommen“, sagte Dr. Ute Watermann, Sprecherin der IPPNW.

Das Verbot der Forschungs- und Entwicklungsarbeit an Nuklearwaffen mit einer Sprengkraft von weniger als 5 Kilotonnen ist das einzig rechtlich bindende Verbot in den USA im Bereich der Atomwaffenforschung. Mit seiner Aufhebung wird der Entwicklung und Testung neuer US-Atomwaffen Tür und Tor geöffnet. So sieht das vom Kongress genehmigte Rüstungsbudget 2004 34 Millionen Dollar dafür vor, die Atomtestanlage in Nevada auf eine schnelle Wiederaufnahme des Testens vorzubereiten.

„Die Welt tritt in ein neues nukleares Zeitalter ein. Die USA planen, kleine Atomwaffen zu einem Teil der „normalen“ Kriegsführung zu machen. Angeblich würden diese Atombomben unter der Zivilbevölkerung kaum Schaden anrichten. Das ist eine Lüge. Es gibt keine nebenwirkungsfreien Mini-Atombomben“, sagte Ute Watermann.

Es sei der US-amerikanischen Friedensbewegung, die in den vergangenen Monaten starke Lobbyarbeit geleistet hat, zu verdanken, dass das Budget zur Entwicklung von erd-durchdringenden Atomwaffen von 15 auf 7,5 Millionen Dollar gekürzt worden ist.

Dies allein reiche nicht. In der Bevölkerung, gerade bei den jungen Menschen, habe das Wissen um die atomare Bedrohung stark abgenommen. Die Aufgabe der Friedensbewegung sei es, hier Informations- und Aufklärungsarbeit zu leisten. Die IPPNW veranstaltet deshalb u.a. vom 7. - 9. Mai 2004 in Berlin den Kongress „Atomwaffen und Atomenergie in einer instabilen Welt“.

Infos: www.ippnw.de,
Tel. 030-698074-0

rb ●

Unfälle mit britischen Atomwaffen aufgedeckt

Nach Berichten des britischen „Guardian“ und der „Times of Malta“ konnte das britische Verteidigungsministerium durch einen Ombudsmann gezwungen werden, eine bislang geheim gehaltene Liste mit Angaben über Unfälle im Atomwaffenbereich freizugeben. Die Liste, die Unglücksfälle umfasst, die nur äußerst knapp an einer großen Katastrophe vorbei gingen, gibt erstmals auch Aufschluss über zwei Vorfälle auf deutschem Territorium, über die bisher nur unbestätigte Informationen kursierten.

Bei den Unglücken handelt es sich um Fälle, bei denen Nuklearwaffen aus größerer Höhe herunterfielen oder bei denen ihre Zugmaschinen in Verkehrsunfälle verwickelt waren. In einigen Fällen kollidierten Nuklearwaffen mit anderen und in einem Fall rutschte ein LKW mit Nuklearwaffen an einem Hügel ab und überschlug sich. Die Informationen über eine Serie von Beinahe-Katastrophen wurde vom britischen Verteidigungsministerium nach Jahrzehnten der Geheimhaltung freigegeben. Erst nach dem Einspruch eines parlamentarischen Ombudsmannes war das Ministerium gezwungen, eine Liste von 20 Unfällen und Unglücken mit Nuklearwaffen zwischen 1960 und 1991 zu veröffentlichen. Keines der Ereignisse war je zuvor offiziell bestätigt worden.

Das britische Verteidigungsministerium besteht darauf, dass durch die Unfälle keinerlei Strahlung freigesetzt worden sei: „Zu keinem Zeitpunkt gab es [...] eine Bedrohung der öffentlichen Sicherheit oder der Sicherheit des Wartungspersonals“. Shaun Gregory, Wissenschaftler an der Bradford University, der die Gefahren von Nuklear-Unfällen untersuchte, meint, dass die Beschreibung der Unfälle durch das Verteidigungsministerium offensichtlich beschönigt seien und unglaublich klingen: „Jede Art von komplexem System ist dazu verurteilt, irgendwann außer Kontrolle zu geraten.“ Er glaubt zwar, dass eine nukleare Detonation wenig wahrscheinlich war, dass aber ein Unfall Feuer oder Explosionen hätte verursachen können, dass radioaktive Rückstände in der unmittelbaren Umgebung hätten herabregnen können.

Einen Überblick über die Liste liegt der FreiRaum-Redaktion vor.

Der vollständige Artikel findet sich im Internet unter www.netzwerk-regenbogen.de/dat.html

Klaus Schramm ●

Friedenssommer 2003 Atomwaffen abschaffen - bei uns anfangen

Zu Fuß und mit dem Fahrrad auf der Suche nach Massenvernichtungswaffen

Vor 20 Jahren war das Thema Atomwaffen in aller Munde. Hunderttausende gingen in den 80er Jahren dagegen auf die Straße, es war die Zeit der Großdemonstrationen im Bonner Hofgarten, der großen Menschenkette von Stuttgart nach Ulm und der Beginn der Blockaden vor Atomwaffenstandorten, z.B. in Mutlangen auf der Schwäbischen Alb.

Dieser kleine Ort war am 6. August, dem Hiroshimagedenktag, der Beginn des Friedenssommers 2003, der zunächst mit einer Wanderung zur US-Kommandozone EUCOM nach Stuttgart führte und an die sich eine Radtour von Kaiserslautern über Saarbrücken, Trier, Spangdahlem nach Büchel anschloss. Ein Bündnis von Friedensgruppen – DFG-VK, Pressehütte Mutlangen, Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA) und Bike for Peace – haben damit die bisherigen Aktivitäten in Deutschland zur Abrüstung der Atomwaffen verstärkt und auf die noch immer hier gelagerten Atomwaffen (Ramstein und Büchel) aufmerksam gemacht.

Der Hintergrund war die Besorgnis darüber, dass die mit dem Ende des Kalten Krieges eingesetzte Abrüstung von atomaren Waffen ins Stocken geraten ist und dass sogar neue, gefährliche Atom-Kriegsszenarien entworfen werden. Bereits der präventive Einsatz dieser Waffen auch gegen Staaten, die nicht selbst Atomwaffen besitzen, ist mittlerweile offizieller Bestandteil der US-Regierungspolitik. Zudem wurde im Mai die Entwicklung neuer Atomwaffen in den USA freigegeben.

Sport, Natur und Bildung

Über 100 TeilnehmerInnen aus 8 verschiedenen Nationen beteiligten sich an der über 350 km langen Radtour sowie den verschiedenen Aktionen unterwegs. Einige Wochen zuvor hatten trotz Temperaturen von bis zu 38 Grad im Schatten im Schnitt 25 TeilnehmerInnen die 60 Kilometer lange Wegstrecke von Mutlangen nach Stuttgart erwandert.

Neben den politischen Betätigungen kamen sowohl der sportliche Aspekt als auch der Kontakt zur Natur zum Tragen. Die Wanderung führte im Remstal durch Wälder und Weinberge, Strecken, die auf der sonst üblichen Auto- oder auch Bahnfahrt kaum oder gar nicht wahrgenommen werden. Auch die Radstrecke führte durch viele idyllische Täler sowie auf teils abgelegenen Pisten entlang der Saar und der Mosel.

Mehrere Berge mussten zu Fuß und mit dem Fahrrad erklommen werden, eigens ein Prolog mit einer Bergwertung führte hinauf

zum Betzenberg, dem Hausberg des ehemaligen deutschen Fußballmeisters 1.FC Kaiserslautern. Bei vielen weiteren anderen Steigungen mussten teilweise bis zu 24 Prozent Höhenunterschied überwunden werden, was viele Fahrradfahrer zum Absteigen veranlasste. Sage noch einer, nur in den Alpen gebe es große Höhenunterschiede zu bewältigen.

Insbesondere auf dem ersten Teil der Radtour, zwischen Kaiserslautern und Trier, hatte der Friedenssommer zudem den Charme einer Bildungsreise. Zu Beginn der ersten Radetappe wies Kalle Kress vom BUND auf die größte US-amerikanische Militärsiedlung in Europa in Kaiserslautern und Ramstein hin.

Etwas entfernt vom Hauptort des Militärflughafens fand an der Gedenkstätte zur Flugtagkatastrophe von 1988 eine kurze Gedenkveranstaltung mit Betroffenen und den psychologischen Betreuern Dr. Hartmut und Sibille Jatzko statt. In Saarbrücken und Umgebung nahm die Gruppe an einer Führung durch das ehemalige KZ Neue Bremm teil. Auf den Spicherer Höhen, bereits wenige Kilometer hinter der Grenze in Frankreich metzelten sich 1870/71 Tausende französische und deutsche Soldaten an einigen wenigen Tagen gegenseitig nieder. Der Empfang des Bürgermeisters von Spichern im Rahmen eines Friedensfestes und die tolle Gastfreundschaft mit der Überlassung des örtlichen Sportgeländes zum Übernachten verdeutlichen den Gedanken der Freundschaft, des Austausches und der Versöhnung zwischen den beiden Nachbarstaaten seit den 1950er-Jahren.

Briefe aus Hiroshima übergeben

Unerwartet positive Resonanz erhielten wir auf den Brief von Bürgermeister Akiba aus Hiroshima, den wir den Bürgermeistern auf unserem Weg überbrachten, mit der Bitte „Mayors for Peace“ beizutreten. Darin heißt es u.a.: „Seit den terroristischen Angriffen auf die Vereinigten Staaten im Jahr 2001 ist die Gefahr des Einsatzes von Kernwaffen oder eines umfassenden Atomkriegs erhöht. Tatsächlich begann die US-Regierung den präventiven Einsatz von Kernwaffen zu erwägen, begann mit der Forschung und Entwicklung von Miniatomwaffen und Nordkorea hat seinen Austritt aus dem Nichtverbreitungsvertrag erklärt [...]. Diese Entwicklungen fordern uns Bürgermeister, unsere Zusammenarbeit zu stärken, um die Atomwaffen abzuschaffen...“.

Auf die Einladungen in Vorfeld reagierte zuerst der Bürgermeister von Plüderhausen sehr interessiert und sicherte uns einen Empfang im Rathaus zu. Die Friedensgruppe Remshalden erhielt von ihrem Bürgermeister einen Zuschuss, um uns mit Mittagessen zu bewirten. Der Schorndorfer Bürgermeister sagte die Entgegennahme des Briefes aus Hiroshima zu. Nach diesen Zusagen aus den kleinen Gemeinden sagte auch die

Landeshauptstadt Stuttgart einen Empfang im Rathaus zu. Der Friedensmarsch war so ein Weg von Empfangstermin zu Empfangstermin. In Plüderhausen (www.pluederhausen.de/aktuell/2003/030812-02.html) surrten die Fernsehkameras des SWR, in Remshalden dampften die Maultaschen, und in Stuttgart wurde ein vollständiges „Protokoll“ aufgeföhren, während die Lebenslaute den Empfang zu einem festlichen Akt machten. Die Bereitschaft, sich für das Anliegen der nuklearen Abrüstung einzusetzen, wurde von allen Bürgermeistern signalisiert. Verwaltungen arbeiten langsam und so ist noch keine Gemeinde bislang den „Mayors for Peace“ beigetreten. Aber Entscheidungsprozesse sind auf dem Weg. In den Bürgermeistersprengeln im Remstal und auf der Ostalb wird im Dezember „Mayors for Peace“ auf der Tagesordnung stehen. Wir dürfen gespannt sein, welche Gemeinden einen positiven Entschluss fassen.

Massenvernichtungswaffen im Blick — Zivile Inspektoren unterwegs

Eine Konzertblockade vor den Toren des EUCOM in Stuttgart-Vaihingen - der US-amerikanischen Kommandozentrale für Europa, Afrika und den Fernen Osten - unter dem Motto „Lebenslaute statt Kriegskommandos“ am 58. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Nagasaki bildete den Beginn von Aktionen an Militärstandorten. Die Gruppe Lebenslaute stellte ihr musikalisches Können zunächst während einer Mahnwache und später im Rahmen einer Blockade der Hauptzufahrt unter Beweis. So kamen u.a. zur Aufführung: die Haydn- Sinfonie Nr. 26, Gershwin's Lullaby sowie die Psalmvertonung für Chor und Orchester von Martines. Auch die Polizei lauschte zunächst interessiert den Klängen, ehe sie das Konzert und damit die Blockade zur Enttäuschung der 80 Anwesenden auf sehr unsensible Art und Weise beendete. „Mit der Aktion wollten wir darauf hinweisen, dass vom EUCOM aus immer wieder Kriege geplant und ausgeführt wurden, wie zuletzt gegen den Irak. Tod und Zerstörung von Kultur und Menschlichkeit sind die Folge, und nicht wie behauptet die Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten“, meinte Berthold Keunecke

von der Gruppe Lebenslaute. Während dieser Aktion wurden feierlich Inspektionsteams eingesetzt. 30 Personen schrieben sich in eine Liste zur Abrüstung des EUCOM durch Inspektionen ein. Ziel dieser Teams: Nach den Erfahrungen der Inspektionen im Irak und Nordkorea müsse auch von den USA und ihren Verbündeten die Offenlegung aller Aspekte bzgl. Produktion, Transport, Lagerung und Einsatz von Massenvernichtungswaffen verlangt werden als ersten Schritt zu umfassender Abrüstung. Am 28. August versuchte dann eine international besetzte Inspektorengruppe die US-Air Base Spangdahlem/Eifel, einen der größten außerhalb der USA liegenden US-Militärflughäfen, zu inspizieren. Von dort starteten die Jets zu ihren Tod bringenden Einsätzen in den Kosovo, nach Afghanistan und zweimal in den Irak. In allen diesen Ländern verschossen sie Tausende Tonnen der abgereicherten Uranmunition. Mit einem Brief an Commander Mueller hatten die AktivistInnen ihren Besuch angekündigt. Darin wurde der völkerrechtswidrige und illegale Besitz von allen atomaren Waffen verurteilt und um ein Gespräch mit ihm über die Möglichkeiten der Vernichtung dieser Massenvernichtungswaffen gebeten. Die Inspektion begann mit einem Besuch des Passbüros des Militärflughafens, wo sich Gäste des Stützpunkts anzumelden haben. Ein älterer deutscher Zivillist verwies die Inspektoren an die Wachhabenden am Tor nebenan. Dort empfing die Gruppe ein Trupp Bundeswehresoldaten, die allein für die Bewachung des Militärgeländes zuständig sind. Wiederum verlangten die AktivistInnen Einlass. Doch die deutschen Soldaten verwiesen sie zum nahegelegenen „main gate“. Auf die Frage, ob sie wüssten, dass sie hier Uranwaffen bewachen würden, gaben sie ausweichende Antworten bzw. verneinten das. Am „main gate“, das den Besucher mit den Worten „US Air Base Spangdahlem. Seek. Attack. Destroy.“ (Suchen. Angreifen. Zerstören) begrüßt, trafen die Inspektoren erstmals einen US-amerikanischen Soldaten, der ihnen erklärte, Commander Mueller wäre leider gerade nicht erreichbar, da er sich in der Luft befände. („He was too high to speak to us“, wie es John LaForge ausdrückte). Der GI sagte, er würde den „Second Commander“ kontaktieren und die



Materialien für die Friedensarbeit:

CD Friedenssommer 2003
mit Fotos, Texten, Radioberichten als Erinnerung und zur Weiterarbeit. Für eine Solidaritätsspende zu bestellen bei der GAAA.

Reader zur Uranwaffenkonferenz
zu bestellen bei der GAAA.

Brief aus Hiroshima
Wer seinen Heimatbürgermeister einladen will Mayors for Peace beizutreten, kann dazu einen an ihn adressierten englischen Brief, direkt vom Bürgermeister aus Hiroshima erhalten. Vermittlung durch die Pressehütte. Bitte Adresse und Namen mitteilen.

Vision 2020
Ein 6-seitiges englisches Falblatt über die „Emergency Campaign“ kann ebenfalls über die Pressehütte bezogen werden.

FreiRaum
10 Exemplare zum Weiterverkauf gibt es für einen Betrag von 20 Euro.

Chronik der Geschichte der GAAA
Martin Otto hat eine Chronik der 10-jährigen Geschichte der GAAA und ihrer Aktionen und Gerichtsprozesse zusammengestellt. Sie kann für 4 Euro bei ihm bestellt werden. Martin Otto, Magdalenenhäuser Weg 31 35578 Wetzlar

Einladungen
zu den Seminaren „Trainingsworkshop: Aktions- und Lobbyarbeit für eine atomwaffenfreie Welt“ und „Grundwissen über zum Nichtverbreitungsvertrag (NPT) von Atomwaffen“ sowie für die Studien- und Aktionsreise in die USA sind Anfang Januar fertig. Interessenten die zu Hause oder in New York aktiv werden wollen, sollten sich schon jetzt in der Pressehütte melden. **rb ●**

*Büchel 1. September 2003
Foto: John LaForge*

Handliches Höllenfeuer des Pentagon

Das US-Militär entwickelt einen neuartigen Nuklearsprengstoff, der schon in kleinsten Mengen ungeheure Vernichtungskräfte entfesseln, zugleich aber auch in Kleinstwaffen eingesetzt werden kann. Experten warnen bereits vor einem neuen globalen Wettrüsten.

Nukleare Isomere könnten nach Plänen des US-Verteidigungsministeriums der Sprengstoff der Zukunft sein. In seiner „Liste der militärisch kritischen Technologien“ traut das Pentagon den brisanten Stoffen zu, „alle Aspekte der Kriegführung zu revolutionieren“. Angeregte Atomkerne, so genannte nukleare Isomere, sind schon lange bekannt für ihre Eigenschaft als effektive Energiespeicher, die im Vergleich zu spaltbarem Kernbrennstoff relativ ungefährlich sind. Elemente wie Hafnium können in einem angeregten Zustand existieren und geben ihre Energie langsam in Form von Gammastrahlung ab. Hafnium-178m2 hat beispielsweise eine Halbwertszeit von 31 Jahren.

Der Zerfallsprozess aber kann durch Einwirkung von außen derart beschleunigt werden, dass sich die Energie explosionsartig entlädt. 1999, so das britische Wissenschaftsmagazin „New Scientist“, wiesen Forscher der University of Texas den Effekt experimentell nach.

Sie beschossen Hafnium mit Niedrigenergie-Röntgenstrahlen, lösten den Zerfallsprozess damit künstlich aus und setzten 60 Mal mehr Energie frei, als sie eingesetzt hatten. Theoretisch, merkten die Forscher damals an, könnten noch weit höhere Energieausbrüche erzielt werden.

Das Pentagon sieht die Chance, kompakte Waffen von großer Vernichtungskraft zu entwickeln, denn nukleare Isomere besitzen eine Eigenschaft, die sie für Militärs interessant, für die globale Friedensarchitektur aber brandgefährlich macht: Im Gegensatz zu Uran ist keine kritische Masse für eine Explosion notwendig. Isomer-Waffen können damit auch in weniger vernichtenden Größenordnungen eingesetzt werden - und würden die bisher eindeutige Grenze zwischen konventioneller und nuklearer Kriegführung verschwimmen lassen. Bei deren Einsatz würden alle Lebewesen in der unmittelbaren Umgebung getötet und dabei weniger radioaktiver Niederschlag ausgelöst als eine herkömmliche, auf Kernspaltung beruhende Atomwaffe. ●

Gruppe informieren, wenn dieser Zeit für ein Gespräch habe. Der Soldat machte auf die weiße Linie vor dem Eingangstor aufmerksam, hinter die die AktivistInnen zurückweichen sollten.

Die aufgrund der angekündigten Kundgebung herbeigekommenen deutschen Polizisten mahnten die Einhaltung des Abstands zum amerikanischen Gelände und drohten mit einer Anzeige wegen Hausfriedensbruchs. Die Gruppe beschloss, sich zurückzuziehen und nicht weiter auf eine Antwort des Second Commanders zu warten.

Ähnlich erging es einem ebenso international besetzten Inspektionsteam am deutschen Militärflughafen und Atomwaffenstandort Büchel. Im Rahmen einer Umrundung des Geländes am 31. August erhielten die Inspektoren nur ausweichende Auskünfte. Am 1. September blockierten ungefähr 30 Demonstranten nach vergeblichem Versuch, offiziell auf das Gelände zu kommen, in früher Morgenstunde die Einfahrten und sorgten für eine mindestens 20-minütige komplette Schließung des Militärflughafens. Für Diskussionsstoff war an diesen Tagen in Büchel gesorgt.

Die Inspektionen in Spangdahlem und Büchel wurden vollständig dokumentiert und sollen im nächsten Frühjahr auf der UN-Abrüstungskonferenz übergeben werden.

Gewaltfreier Widerstand gegen Atomwaffen

Auf Einladung der GAAA nahm John LaForge nicht nur an der Fahrradtour teil. Auf zehn Veranstaltungen konnten wir ein sehr umfassendes Bild des Atomwaffenwiderstandes der USA erhalten. Seit etwa zwei Jahrzehnten lebt John in Wisconsin in einer Landkommune, deren Wohnberechtigung es zum einen ist, Zivilen Ungehorsam zu leisten, und zum anderen mit dem Anbau von ökologischen Lebensmitteln eine Obdachlosenunterkunft in der nächst größeren Stadt Duluth zu unterstützen. Das Leben in der Kommune verhalf den BewohnerInnen zu ihrem Aktivismus: sie mussten nicht den teuren Lebensunterhalt der Städte verdienen.

Wisconsin, im Westen der Großen Seen und an der Grenze zu Kanada gelegen, besitzt die ELF Anlage - ein Kommunikationssystem, welches Atom U-Booten in sehr großer Meerestiefe die Kommunikation ermöglicht. John lacht, als die Übersetzung das verniedlichende Wort „U-Boot“ benutzte. Es ist, als würden wir einen Porsche mit einem VW Käfer oder einer Ente übersetzen. Jedenfalls erzeugt diese ELF Anlage über tief in die Erde eingeführte Stäbe - die übrigens sehr leicht abzusägen sind - sehr niedrige elektronische Frequenzen, die sich rund um den Erdball ausweiten und über deren Wellen die Kommunikation stattfindet. Eine Auswirkung dieses Systems ist eine erhöhte Krebsrate unter den unmittelbaren AnwohnerInnen. Eine andere Auswirkung ist die Bedrohung des Weltfriedens durch die Ermöglichung zur nuklearen Erstschlagskapazität der Trident Submarines, die unbemerkt in großen Meerestiefen kommunizieren, auftauchen und mit atomaren Raketen angreifen können z.B. vor der südkoreanischen Küste. Grund genug für John und Nukewatch immer wieder dort Aktionen zu

machen und auf dieses Problem hinzuweisen. Seine Ausführungen über die Besonderheiten von Pflugscharaktionen, wie viel extreme Vor- und Nachbereitung sie benötigen und welchen Sinn es macht, durch einzelne spektakuläre Aktionen auf ein sehr wenig beachtetes Thema hinzuweisen, war beeindruckend.

John's persönliches Steckenpferd in seiner heutigen Arbeit ist die Verschmutzung der Uranmunition (DU) mit Plutonium. Angrenzend an Wisconsin, im Bundesstaat Minnesota, aber sehr nah an seinem Wohnort liegt Alliant Tech, der größte US-Konzern zur Herstellung der DU Munition. Alliant Tech, früher Honeywell, zieht mehr und mehr die Proteste der Region auf sich. Er zeigte auf, dass selbst das eigene US Air Force Manual den Einsatz dieser illegalen Waffen verbietet. Wir möchten John hier auch noch mal im besonderen danken für seine mehrere Wochen anhaltende Unterstützung bei der Vorbereitung zur Uranwaffenkonferenz in Hamburg.

Nukewatch arbeitet eng zusammen mit der US-amerikanischen Friedensbewegung und entgegen unserer Wahrnehmung beteuerte John, dass es sehr viel Widerstand, aber auch sehr viel Repression in den USA gibt. So war seine Organisation aus dem eher als hinterwäldlerisch bekannten Wisconsin verantwortlich für die Organisation von 17 Bussen zur Demonstration gegen den Irakkrieg Anfang des Jahres ins 2000 km entfernte Washington DC.

Zusammenfassung und Ausblick

Sowohl die Wanderung als auch die Radtour sind alles in allem erfolgreich verlaufen. Wir erreichten mit unserer Forderung nach vollständiger atomarer Abrüstung viele Menschen entlang der Strecke mit zahlreichen Flugblättern und Infoständen als auch viele weitere Tausend Menschen durch eine gute Berichterstattung in den Medien (u.a. SWR Hörfunk, SWR Fernsehen Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, Rheinland-Pfalz-Radio, Stuttgarter Zeitung, Stuttgarter Nachrichten, Trierer Volksfreund, Rhein-Zeitung, verschiedene Kirchenzeitungen im Rheinland und der Pfalz, Lokalfernsehen in Trier).

Ein kleiner Wehrmutstropfen bleibt: Die ausgezeichnete Stimmung unter den TeilnehmerInnen konnte die Enttäuschung nicht verbergen, dass sich für das brisante Thema im Schnitt nur ca. 25 bis 30 Personen pro Tag erwärmen konnten, obwohl im Vorfeld sehr viel Werbung dafür gemacht wurde. Ob es am heißen Sommer lag, am Spezialthema Atomwaffen, an der Müdigkeit vieler Friedensaktivisten nach langem Engagement zur Verhinderung des Irak-Krieges?

Aber wir lassen uns nicht entmutigen. Im Gegenteil. Mit vielen weiteren Inspektionen an Standorten mit Massenvernichtungswaffen und Kontakten zu den BürgermeisterInnen werden wir das Thema hochhalten. Ein nächster Höhepunkt könnte ein großes Delegiertentreffen von Nichtregierungsorganisationen bei der UNO im April 2004 in New York sein, bei der u.a. alle Berichte von weltweit durchgeführten Inspektionen übergeben werden. **rb, mk, wsh ●**



Vordergrund: Inspektor D'Huyvetter bei der Arbeit in Büchel 1. Sept. 2003

Frieden - Ökologie - Globalisierung

Gewaltfreie Aktionsgruppen gründen und vernetzen sich.

Macht mit!

Ein Gespenst geht um in Deutschland und Europa. Das Gespenst der massenhaften Gewaltfreien Aktion. In den letzten drei Jahren haben sich Tausende an Aktionen Zivilen Ungehorsams gegen Castor-Transporte, G8-Gipfel und den Irak-Krieg beteiligt. Eine ganz neue Generation hat vielfältige Aktionserfahrungen gesammelt – und dies meist nicht nur in einem Politikbereich, sondern immer genau dort, wo es eben gerade am Nötigsten war.

Aus den Erfahrungen mit Aktionen massenhaften Zivilen Ungehorsams gegen Militarismus (resist), Castor-Transporte (X-tausendmal quer) und Gipfeltreffen (attac u.a.) ist im Sommer 2003 der Aufruf entstanden, möglichst viele Gewaltfreie Aktionsgruppen zu gründen und/oder zu vernetzen, die themenübergreifend arbeiten und sich von Fall zu Fall zu größeren Aktionen zusammenschließen. Damit soll die Qualität der Aktionen und der Level der persönlichen Vorbereitung bei den einzelnen AktivistInnen gesteigert werden.

Ein Netzwerk Gewaltfreier Aktionsgruppen entsteht, geprägt von möglichst wenig Verwaltungsaufwand und Vereinsmeierei aber möglichst effektiver Zusammenarbeit. Es geht ganz bewusst um ein Netzwerk, keine neue Organisation. Wenn eine Gruppe eine Aktionsidee hat oder zu einem bestimmten Anlass etwas machen will, stellt sie dies den anderen Gruppen im Netzwerk vor und jede Gruppe entscheidet jedes Mal neu, ob sie mitmachen will.

Die Aktionen sollen überregionale Bedeutung aber auch einen lokalen Bezug haben. Es geht um themenübergreifende Ansätze, die nicht nur ein lokales Problem angreifen. Das kann eine kleine Aktion gegen einen Gen-Acker oder

einen Abschiebeknast sein, oder eine größere Geschichte, z.B. gegen einen Castor-Transport, ein Atomwaffenlager, einen G8-Gipfel, das Bombodrom in der FREIen HEIDE, die Agenda 2010 oder andere übergreifende Themen.

Bei einem ersten Vernetzungstreffen im September 2003 im brandenburgischen Rägelin (FREIe HEIDE) wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

1. In den kommenden Monaten werden bestehende Gruppen angesprochen, ob sie sich am Netzwerk beteiligen wollen.
2. Wenn sich bei größeren Aktionen (z.B. Castor, FREIe HEIDE) spontan Bezugsgruppen bilden, dann sollen diese eingeladen werden, hinterher als Gruppe weiter zu machen und dem Netzwerk beizutreten.
3. Die Neugründung von Gewaltfreien Aktionsgruppen wird von den bisher im Netzwerk Aktiven praktisch unterstützt.
4. Aktionsmaterial und Aktions-Knowhow, das in einzelnen Gruppen vorhanden ist, soll - soweit möglich - über eine Ressourcen-Liste allen Gruppen zugänglich gemacht werden.
5. Ein nächstes bundesweites Treffen wird im Januar 2004 stattfinden.
6. Vorläufige Kontaktadresse für Gruppen, die sich beteiligen wollen und für Einzelpersonen, die an Unterstützung bei der Gründung einer Gewaltfreien Aktionsgruppe interessiert sind:

**Graswurzelwerkstatt,
Scharnhorststr. 6, 50733 Köln,
Tel: 0221-765842, Fax: 765889,
mail: graswurzelwerkstatt@web.de**

Jochen Stay ●

Internationales Inspektions-team besuchte das Supreme Headquarter of Allied Powers in Europe - SHAPE

NATO Generäle in Mons, Belgien, bekamen Besuch von über 500 Inspektoren aus Belgien, Großbritannien, Schweden, Finnland, Deutschland und Holland! Nachdem die meisten Inspektoren schon beim Verlassen des Busses von einem massivem Aufgebot der belgischen Polizei verhaftet wurden, machten sich weitere 55 auf ins SHAPE, um dort die Verantwortlichen der NATO – mit ihrer Nuklearstrategie zu finden. Sie wurden nach einer halben Stunde auf dem Gelände festgenommen. Vier Mitglieder des belgischen Parlaments wurden in sehr grober Weise verhaftet, als sie um Erlaubnis fragten, die Verantwortlichen auf dem Militärgelände sprechen zu dürfen. Ein Parlamentsmitglied, Herr P. Vankrunkelsven (VLD), musste im Krankenhaus wegen einer Rippenprellung behandelt werden. In Belgien sind US Atomwaffen auf der Militärbasis Kleine Brogel stationiert, während im SHAPE, dem militärischen Hauptquartier der NATO, Pläne zum Einsatz dieser Waffen erstellt werden. Damit macht sich die belgische Regierung schuldig gegenüber der Menschheit und als Kriegsverbrecher.

Mit der Aktion "Bomspotting 'Get in SHAPE!'" handeln wir im Einklang mit dem Internationale Gerichtshof. Internationale Gesetze müssen von allen Regierungen befolgt werden, auch von der belgischen Regierung und dessen Gerichtssystem, welche trotz zahlreicher parlamentarischer Anfragen und 1000der Anzeigen von belgischen Bürgern, eine parlamentarische Debatte hierüber verweigert.

Wenn unsere Regierungen gegen die Gesetze verstoßen haben wir als Bürger die Verpflichtung zu handeln. Diese Massenaktionen des Zivilen Ungehorsams werden nicht mehr wie in den letzten Jahren in Kleine Brogel stattfinden. In Mons erreichen wir direkt die Entscheidungsträger der NATO. Wir inspizieren das SHAPE, in Anlehnung an die UN Waffeninspektionen im Irak. Genau vor 20 Jahren hatte die größte Demonstration in der Geschichte Belgiens stattgefunden. Am 25. Oktober 1983 hatten 500 000 Menschen gegen die Aufstellung von US Atomwaffen in Belgien protestiert, Für weitere Informationen: <http://www.motherearth.org>. **mk ●**

Nuclear-Free Future Award

Award 2003 für Wegbereiter einer Welt ohne Atomwaffen!

Am 12. Oktober wurde zum sechsten Mal der mit 30 000 Euro dotierte Award an vier PreisträgerInnen vergeben. Diese erhielten ihn in diesem Jahr im Alten Rathaus von München.

Kategorie Aufklärung

Die Geologin Dr. Azzawi aus Bagdad hat im letzten Jahrzehnt mehrere Studien über die Boden, Luft und Wasserverseuchung durch die „abgereicherte“ Uranmunition- DU im Südirak geleitet. Sie hat ihre Ergebnisse mit den Ärzten in Basra im Südirak abgeglichen, um Erklärungen für bestimmte stark vorkommende Anhäufungen von Krebserkrankungen und schwerster Fehlbildungen in der Region zu finden. Sie war die Hauptverantwortliche für die Organisation einer internationalen DU Konferenz im März 2002 in Bagdad, die finanziell nicht von der irakischen Regierung unterstützt wurde, da das Wissen über die Auswirkungen dieser radioaktiven Waffen der Regierung wenig nutzte. Für eine Umsiedlung der Menschen im Südirak war und ist kein Geld vorhanden, sodass Informationen hierzu auch nicht an die irakischen Medien der dortigen Region zugelassen wurden. Sie hielt, wann immer es ihr möglich war, Vorträge für ausländische Delegationen in Bagdad, um auf diese Problematik hinzuweisen. Ihre Studienergebnisse wurden der UN vorgelegt, um eine UN-Untersuchung über den Zusammenhang dieser Waffen und den schweren Erkrankungen zu erzielen.

Kategorie Widerstand

Die drei U.S.-amerikanischen Schwestern des Dominikanerordens Carol Gilbert (54), Jackie Hudson (67) und Ardeth Platte (66) konnten nicht zur Preisverleihung nach München kommen. Sie waren im Oktober 2002 in Colorado in ein Atomraketenstilo eingedrungen. Dort malten sie mit ihrem zuvor entnommenen Blut ein Kreuz auf die Raketen vom Typ Minuteman III und hämmerten symbolisch auf die Schienen, auf denen diese Massenvernichtungswaffen transportiert wurden, ein. Ein Gericht wertete diese Aktion als Sabotage, weshalb sie jetzt für mehrere Jahre im Gefängnis sitzen müssen. Die Pflugschar Bewegung in den USA zeichnet sich dadurch aus, dass diese durch einzelne sehr

Fortsetzung S.9 ▶



Zivilistenforum
Foto: Charles Jenks

Hamburger Uranwaffenkonferenz

Der erste Tag verlief sehr spannend. Beeindruckend war das Veteranen Forum, auf dem der australische Marineveteran Philip Steele zum allerersten Mal einen Vortrag hielt.

Er erklärte, dass in Australien Soldaten, die wie in seinem Fall sich nicht direkt auf dem DU verseuchten Schlachtfeld in der südirakischen Wüste befanden, keine Möglichkeit haben auf DU untersucht zu werden. Dieses geschieht obwohl nachweislich andere Veteranen, wie der Brite Ray Bristow, auch nicht direkt auf dem Schlachtfeld waren, aber eine hohe DU Konzentration im Urin nachgewiesen wurden.

Ray hatte zudem an der Studie über Chromosomenschäden durch Radioaktivität teilgenommen (Heike Schröder), aus der auch in seinem Fall eine extrem stark erhöhte Anzahl an geschädigten Chromosomen hervorging. Patricia Rodriguez, die Freundin eines an Leukämie verstorbenen spanischen „Peacekeepers“, der im Kosovo im Einsatz war, berichtete über die Lügen: „zuerst behaupteten die spanischen Verantwortlichen, dass ihr Freund gar nicht im DU verseuchtem Einsatzgebiet war, welches sie durch seine Briefe wieder legen konnte.“

Während die Medien behaupteten, es gäbe keine weiteren Fälle von Leukämieerkrankungen unter den spanischen Veteranen, meldeten sich bei ihr mehrere Fälle, mit einer ähnlichen Geschichte. Die Kanadierin Susan Riordon verlor ihren Mann „Terry“ 1999, bei dem das unabhängige UMRC-Uranium Medical Research Center DU im Urin nachgewiesen hatte. Auf Terry's Wunsch hin stellte sie seinen Körper für weitere medizinische Untersuchungen zur Verfügung. Susan war es ein besonderes Anliegen darauf hinzuweisen, dass Veteranen, die am Golfkriegssyndrom leiden, bedenkenlos nach ihrem Tode als Organspender in Betracht kommen, wodurch ein weiterer Schaden in der Zivilbevölkerung angerichtet wird. Dr. Doug Rokke, der mit seinem 100 Mann Aufräumteam ohne Warnung und Vorsichtsmaßnahmen kontaminierte Panzer von Saudi Arabien und Kuwait zurück in die USA schicken musste, sagte aus, dass alle Kollegen innerhalb von 72 Stunden nach

Beginn der dortigen Arbeit an den gleichen ersten Symptomen erkrankten mit der Folge, dass alle heute tot oder schwerkrank sind. Von der Geheimhaltung freigegebene Militärdossiers beweisen, dass die Regierung und das Militär von Anfang an wussten, was sie taten.

Forum über zivile Betroffene

„Nibby“ Richard David arbeitete für Boeing in der zivilen Produktion und hatte wie seine Arbeitskollegen keine Ahnung davon, dass sie mit DU in Berührung kamen z.B. wurde DU wegen seiner größeren Dichte und damit größeren Schwere in den Flügeln ziviler Flugzeuge als Gegengewicht eingesetzt. Nibby führt seit Jahren ein Verfahren gegen Boeing, indem er sich selbst verteidigt, da er sich keinen Anwalt leisten kann. Sollte sein Verfahren Erfolg haben, wird dieses von großer Bedeutung für die weitere Rechtsprechung auch für die Veteranen sein. Nibby wurde positiv auf DU und Chromosomenschäden getestet.

Der Holländer Henk van der Keur von LAKA Foundation beschrieb, wie die eigene Regierung ihrem Vorhaben bis heute nicht nachgekommen ist, eine umfassende Studie der Bevölkerung durchzuführen, die nach dem Amsterdamer Flugzeugabsturz an mysteriösen Krankheiten, gleichzusetzen sind mit dem Golfkriegssyndrom, leiden. Pauline Rigby aus Australien informierte über das neu geplante US-amerikanische DU Testgebiet in Westaustralien, nachdem der gewaltfreie Widerstand in Vieques/ Puerto Rico das dortige U.S. Testgebiet erfolgreich dieses Jahr bekämpfte und diese Militärbasis jetzt aufgelöst werden musste. Leuren Moret, die Whistleblowerin eines US-Atomwaffenlabors, zeigte Folien, auf dem die radioaktive Verseuchung der USA durch verschiedene Atomprojekte mit Krebsstatistiken verglichen wurden, und miteinander einen sehr auffällig ähnlich Anstieg aufweisen.

Sie zeigte zudem Materialien, wovon in den Labors ausgegangen wird, dass es sich um DU Partikel handelt. DU entzündet sich sehr leicht, wodurch sehr hohe Temperaturen entstehen, die bei über

3000 Grad C extrem kleine Partikel entstehen lassen.

Wissenschaftliches Forum

Aus dem Publikum wurde gefragt, ob der NATO Treibstoff JP8 und das Giftgas Saddam Husseins, sowie weitere toxische Stoffe aus den Ölbränden, Impfungen etc. verantwortlich sein könnten für das Golfkriegssyndrom und die extrem erhöhte Krebsrate im Irak.

Hierzu wurde geantwortet, dass offiziell bekannt ist, dass 1991 kein Giftgas von Saddam Hussein eingesetzt wurde. Die Betroffenen sehen selbst, dass sie einem gesamten Cocktail an Giften ausgesetzt waren, die Indizien aber von der prozentualen Schwere deutlich in Richtung DU gehen. Der irakischen Ärzte Dr. Hassan und Dr. Ali sagten: „das Verhältnis des Anstiegens bestimmter Krebsarten und das Aufkommen unbekannter Krebsarten erst ab 1991, sowie die Inkubationsperiode deuten in der Epidemiologie eindeutig auf Radioaktivität als Ursache hin (deren Meinung sich auch der Wissenschafts- Workshop anschloß).

So deutet z.B. eine einseitig starke Erhöhung von Kinderleukämie auf die Ursache durch Radioaktivität hin. Seit 1991 sind Krebserkrankungen um das 19 fache in Basra gestiegen. In den Kriegsjahren davor, indem selbst Giftgas eingesetzt wurde, gab es keinen solchen katastrophalen Anstieg.“ Die angewandete epidemiologische Beweisführung ist anerkannt und wird von anderen Epidemiologen geteilt“. Die USA hat gerade erneut die Sanktionen für den Irak um ein weiteres Jahr verlängert, welches nach wie vor verhindern wird, dass Medikamente zur Krebsbehandlung, aber auch medizinisches Material zur Bestimmung bestimmter Krankheitsursachen, eingeführt werden dürfen. Dr. Hassan betonte: „Wir brauchen kein Geld, sondern wir müssen die Sanktionen aufgehoben bekommen, um die Medikamente besorgen zu dürfen, die wir wirklich brauchen. Wie können wir den Menschen im Irak helfen, wenn uns niemand den Zusammenhang der Krankheiten zu der DU Munition glaubt und uns darin unterstützt“.

Dr. Ali erklärte, dass ihnen zudem Gewebeprobe von Patienten, in denen Uran nachgewiesen wurde, sehr nützen würden, ihre Beweisführung weiter zu stärken. Die Molekularbiologin Heike Schröder beschrieb, dass die Studie von 19 Golf- und Balkankriegsveteranen, sowie der aus



Dr. Matsui und Prof. Yagasaki, Foto: Charles Jenks

der zivilen Boeing Produktion stammende Brite Richard David, eine über fünffache Erhöhung von strahlenbedingten Chromosomenschäden ergeben hat. Dr. Chris Busby bemerkte hierzu, dass bei den Feuerwehrmännern direkt nach dem Tschernobylunfall eine im Vergleich ähnlich hohe



Dr. Chris Busby
Foto: Charles Jenks

Strahlendosis von umgerechnet 400 Millisievert festgestellt wurde. Dr. Azzawi sprach über die Notwendigkeit, ausführliche Studien über weitere Hot Spots vornehmen zu müssen, da Menschen aus besonders stark verseuchten Gebieten umgesiedelt werden müssten. Es bedarf eines Überwachungssystems, welches Veränderungen jederzeit wahrnehmen und darauf reagieren kann.

Dr. Busby hatte eine ganz neue Erkenntnis, die von sehr großer Wichtigkeit ist. Bisher stand für Wissenschaftler die Frage im Raum, wie es kommt, dass viele Betroffene nach nur wenigen Monaten eine so schnelle aggressive Form von Leukämie entwickeln konnten. Normalerweise bricht Leukämie erst nach ca. 5 Jahren aus.

Dr. Busby sagte dazu, dass jedes Uranisotop oder auch Schwermetall mit einer hohen Atomanzahl (diese macht letztendlich die Dichte aus), Gamma Strahlung absorbiert. Die Gefahr liegt bei Partikeln, die unter 2 Mikrons klein sind, da diese die absorbierte sog. natürliche Hintergrundstrahlung (Gammastrahlung) in Form von kurz reichenden Photoelektrons von sich geben, die die umliegenden Zellen zusätzlich schädigen. Die großen Partikel absorbieren die Gammastrahlung und verändern diese in Hitze. Dr. Busby konnte kürzlich immer noch im Irak, aber auch im Kosovo und in Bosnien große Alpha Aktivität in der Luft feststellen. Interessant war sein Vergleich mit der WAA Sellafeld, deren radioaktive Emissionen hauptsächlich über Plutonium Partikel für den hohen Krebsanstieg verantwortlich sein soll. Dr. Busby beschreibt, dass man sehr wohl Plutonium mit U 238 vergleichen kann. Sicher ist es so, dass U 238 durch die wesentlich längere Halbwertszeit viel schwächer radioaktiv ist, aber dafür kommt mengenmäßig auch wesentlich mehr U 238 zum Einsatz. Die zugegebenen 350 Tonnen DU im Südirak sind gleichzusetzen mit ca. 2 kg Plutonium. Wenn es darum gehen würde zu beurteilen, ob die Kontamination mit 2 kg Plutonium als radioaktiven Krieg bezeichnet werden könnte, würde dies von niemand bestritten werden. Dr. Busby sagte auch, dass es ein leichtes ist, die radioaktive Aktivität im Irak oder anderswo festzustellen. Laut UN zählt ein Gebiet als radioaktiv verseucht, wenn es 73 000 Bq pro qm übersteigt. Dr. Chris Busby hat mit über 30 WissenschaftlerInnen das Europäische Komitee zu Strahlenrisiken ECRR gegründet, in dem diese Wissenschaftler die offizielle Berechnung von Niedrigstrahlung kritisieren und ein erweitertes Berechnungsmodell für die internen Strahlenauswirkungen vorschlagen.

► Fortsetzung von S.8

spektakuläre Aktionen von oft angesehenen Persönlichkeiten, die drei alte Nonnen in den USA sicher darstellen, auf ein sehr stark unterbelichtetes Problem Aufmerksamkeit für die Öffentlichkeit herzustellen.

Kategorie Lösungen

Corbin Harney ist vielen von uns schon bekannt durch den Widerstand gegen das Atomtestgebiet der USA in Nevada bzw. Neue So-bia. Hier detonierten mehr als 1000 Atombomben über und unter der Erde; neue Atomtests sind für die Zukunft geplant. Dessen nicht genug: Jetzt sollen im Yucca Mountain – Yucca Berg, innerhalb des Nevada Test Geländes, auch noch 75 000 Tonnen hochradioaktiver Strahlmüll „endgelagert“ werden. Dieser Atommüll stammt aus den über 100 US-amerik. Atomkraftwerken der 39 Staaten, deren Brennelemente bisher „on site“ gelagert wurden und denen über die Jahrzehnte hinweg jetzt der Platz ausgegangen ist. Dieser Atommüll soll in einem gigantischen Loch verschwinden, welches in einem der größten Erdbebengebiete Nordamerikas liegt. Corbin verkündet wieder und wieder die Botschaften indianischen Glaubens die für uns alle Gültigkeit haben und oft vergessen werden: „Wir (Menschen, Pflanzen, Tiere, Mineralien...) haben nur ein Wasser, eine Luft, eine Mutter Erde“.

Kategorie Lebenswerk

Inge Schmitz-Feuerhake forscht als Physikerin seit Jahrzehnten über die Leukämiehäufigkeit in der Nähe von Atomkraftwerken. Ihr Lebenswerk ist auch ihre wissenschaftliche Leistung bei der Erforschung von Langzeiteffekten im Niedrigstrahlenbereich und deren Messbarkeit. Dieses gelang ihr bei der „biologischen Dosimetrie“ zum Nachweis geringster Strahlendosen: Chromosomenstörungen in weißen Blutkörperchen werden unter dem Mikroskop ausgezählt. (siehe auch in diesem FreiRaum den Krimi um Krümmel) Die nächste Preisverleihung findet am 12. Oktober 2004 in Rajastan, Indien statt. Dafür haben die Veranstalter einen Wunsch: einen Preisträger zu haben, „der sich erfolgreich dafür eingesetzt hat, der Internationalen Atomenergiebehörde – IAEA das Mandat zu nehmen, Atomenergie zu fördern“. Claus Biegert: „Wir brauchen stattdessen eine internationale Agentur für regenerative Energien!“

www.nuclear-free.com mk ●

Freispruch für 19 Angeklagte gegen die Uranwaffenproduktionsstätte „Alliant Tech System“

Am 17. Oktober, zeitgleich mit der Welturanwaffenkonferenz in Hamburg, befand eine Jury von sechs Personen in Minneapolis, USA, dass das humanitäre Völkerrecht höher zu bewerten ist als das Recht vom Schutz von Privateigentum. Auf dem Höhepunkt des letzten Irakkrieges drangen am 2. April 28 Bürger aus Minneapolis auf das Grundstück des Welthauptquartiers des Alliant Tech Systems (ATK) in Edina ein und unternahm eine Zivile Waffeninspektion.

Die Eindringlinge erklärten, dass es signifikante Beweise dafür gibt, dass die von ATK hergestellte Munition mit Uran 238 unter dem Hauptverdacht steht, verantwortlich zu sein für die eskalierenden Krebserkrankungen und Geburtsdefekten unter den EinwohnerInnen des Südiraks und den US-amerikanischen Truppen, die im Golfkrieg gedient haben.

Erfolgreich benutzten die Angeklagten Bestimmungen zur US-amerikanischen Verfassung und dem humanitären Völkerrecht, mit denen sie die Illegalität der Herstellung, des Verkaufs, der Lagerung, sowie des Einsatzes dieser Waffen, die diesen radioaktiven Abfall enthalten, begründeten.

Alle 19 Angeklagten (9 weitere ursprünglich Angeklagte erkannten sich "schuldig", da sie sich keine Woche von ihrer Arbeit oder Schule frei nehmen konnten) gaben Erklärungen ab, die die Geschworenen genauso wie die Staatsanwälte sehr bewegten. Angeklagte erzählten, was sie mit eigenen Augen während ihrer Besuche im Südirak gesehen haben. Die bewegtesten Aussagen kamen von ganz neu hinzugekommenen Aktivisten. Wendi Nauheimer war nie zuvor auf einer Demonstration gewesen. Sie sagte: „Sie (ATK) ermordeten meinen Bruder Patrick.“ Wendi bezeugte, dass ihr Bruder 11 Jahre für die US Marine gedient hatte und als er aus dem Wüstengebiet von Kuwait und dem Irak zurückkehrte, wo er Aufräumarbeiten durchführte, entwickelte er eine sehr aggressive Form von Leukämie. Er starb 1995 und hinterließ eine Frau und zwei kleine Kinder.

"Alliant Action", sowie die neu entstandene "Philip Berrigan Depleted Uranium Coalition" werden fortfahren, DU-Waffen der ATK von "Schwertern" in "Pflugscharen" zu überführen. **mk ●**

Zum Internationalem Recht

Auf dem Forum über internationale Gesetze sprach Karen Parker, die sich seit 1996 in der UN Unterkommission für die Überprüfung der Illegalität dieser Waffen sehr erfolgreich einsetzt. Sie erklärte noch mal eindringlich, dass Uranwaffen trotz eines nicht existierenden namentlichen Vertrages bereits illegal sind. Es gab Abweichungen zu einem anderen Redner, Manfred Mohr von IALANA, der gerade gemeinsam mit IPPNW eine Kampagne zur Ächtung in die Wege leiten möchte.

Eine „Ächtung dieser Waffen“ wird von Karen Parker befürchtet, würde die bestehende Illegalität infrage stellen. Es wurde im Workshop deutlich, dass es keinen Widerspruch untereinander zur Illegalität von Uranwaffen gibt, dass der englische Begriff „ban“ (Ächtung) eine leicht andere juristische Bedeutung hat als in anderen Sprachen und dieses Problem daher bestehe, dass wenn es um die Frage der Verantwortlichkeit der Regierungen für ihre bisherigen Einsätze gehen könnte, sie sich darauf zurückziehen könnten, dass diese Waffen zu diesem Zeitpunkt ja nicht illegal waren. Vielen Betroffenen geht es zudem darum die Verantwortlichen z.B. in Kriegsverbrechertribunalen für ihr Handel zur Rechenschaft zu ziehen. Eine Kampagne könnte aber durchaus auch den Begriff „Abschaffung – Abolition“ benutzen.

Ich hatte den Eindruck, es fällt einigen Organisationen, die bisher das Wort „ban“ benutzt haben, aus alter Gewohnheit schwer, sich auf ein neues Wort zu einigen. Frau Parker erklärte auch, dass im Vergleich zu der „Kampagne zur Ächtung von Landminen“, diese eben nicht per se schon illegal vor bestehenden Gesetzen waren und in der dortigen Kampagne der Begriff „Ächtung“ Sinn machte.

Die UN Unterkommission hat mehrfach die Frage der Illegalität von DU Waffen geprüft und bestätigt, allerdings sagte Frau Parker hätte diese Kommission entgegen falsch zitierter Medienberichte nie DU Waffen als Massenvernichtungswaffe deklariert, auch wenn man sie persönlich gesehen aufgrund ihrer Auswirkungen als diese bezeichnen könnte.

Sie selbst könnte als internationale Rechtsexpertin noch nicht mal sagen, ob diese Waffe als nukleare oder konventionelle Waffe einzustufen ist, welches für sie selbst nicht von Bedeutung ist, da Uranwaffen auch als konventionelle Waffen illegal sind. Da Atomwaffen dadurch definiert sind, eine Kettenreaktion auslösen zu können, wäre die-

se Einstufung umstritten. Es geht weniger darum zu definieren in welche Kategorie diese Waffen gehören, sondern dass die Bedrohung, die von ihnen ausgeht, wahrgenommen wird.

Das britische CND (Campaign against Nuclear Dissarmament) hat die Abschaffung der Uranmunition bereits in ihre Kampagne mit aufgenommen. Für die Resolution wurde von der Gesamtkonferenz mit großer Mehrheit entschieden, dass zukünftige Kampagnen mit dem Ziel der „Abschaffung“ anstelle von „Ächtung“ von Uranwaffen geführt werden sollen.

Solange Fernex klärte über die Notwendigkeit auf, Druck auf die UNO auszuüben, dass die Weltgesundheitsbehörde (WHO) juristisch aus den Klammern der Internationalen Atomaufsichtsbehörde (IAEA) gelöst werden muss, um unabhängige Studien ermöglichen zu können. Für diese Forderung haben sich bereits verschiedene NRO's zusammengetan. Eine weitere interessante Diskussion gab es bei der Resolutionsfindung, wo es um die Frage ging, inwieweit wir die Ergebnisse über die Untersuchungsergebnisse der Urin und Bodenproben in Afghanistan, durchgeführt durch das Uranium Medical Research Centers, mit in die Konferenzresolution aufnehmen können.

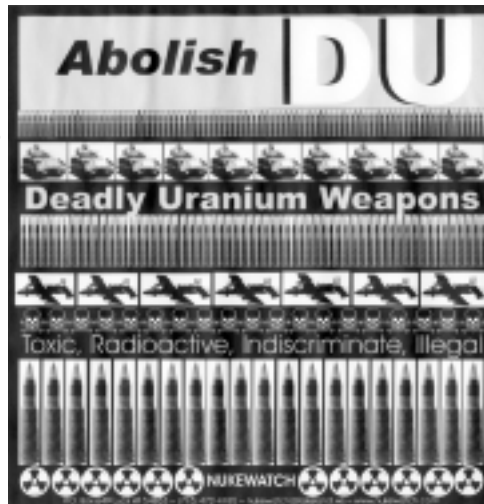
Studienergebnisse dürfen normalerweise erst veröffentlicht werden, wenn diese durch ein wissenschaftliches Magazin oder eine Expertenkonferenz überprüft wurden, welches oft nicht nur dauert, sondern auch immer schwieriger wird, unabhängige wissenschaftliche Magazine zu finden, die diese Arbeit veröffentlichen. Die UMRC's Studie wurde erst kurz vor der Konferenz veröffentlicht, wodurch die auf der Konferenz vertretenen Wissenschaftler nicht die Möglichkeit hatten, sich diese Studie genau anzusehen. Umgekehrt heißt es eben nicht, dass eine Studie nur weil sie veröffentlicht wurde, deshalb auch korrekt sein muss.

Die Forderung nach einem Monitoring von Afghanistan hat es allerdings genauso gegeben, zumal Dai Williams aus den Patenten der Waffenfirmen belegen konnte, dass 23 weitere in den letzten Jahren aufgerüsteten Waffensysteme Hinweise auf Uran geben. Auch wenn der Einsatz offiziell geleugnet wird, müssen wir wie beim Trojanischen Pferd eher von dieser Gefahr ausgehen und an weiteren Beweisen arbeiten. Die Wissenschaftler würden gern eine Kontrollgruppe von Betroffenen aus allen Regionen zusammenstellen und jede der mögliche Untersuchungsmöglichkeiten an ihnen durchführen: Chromosomenschäden, Gewebeproben, Urintests... Wir hoffen, dass die Konferenz die Notwendigkeit hierfür und eine größere Beachtung auf dieses Thema gelenkt hat. Wer dieses finanziell unterstützen möchte ist natürlich herzlich willkommen.

Wir möchten uns noch mal bei allen, die bisher gespendet haben, bedanken. Die Konferenz hat leider immer noch 2600 Euro Außenstände, falls also noch jemand vor Weihnachten ein großes Herz und Portemonnaie hat sind wir euch sehr dankbar. Die Konferenzresolutionen im Ganzen findet ihr genauso wie Audioaufnahmen der einzelnen RednerInnen und der Forumsdiskussionen auf unserer Webseite www.uranwaffenkonferenz.de. Ein umfassender Konferenzreader soll in Englisch im Januar erscheinen. Sollte ein deutscher Reader gewünscht sein, bräuchten wir hier die Unterstützung von freiwilligen ÜbersetzerInnen.

Bitte meldet Euch!
marion@motherearth.org **mk ●**

Design: Bonnie Urfer



Stoppt die Militarisierung der europäischen Weltraumpolitik!

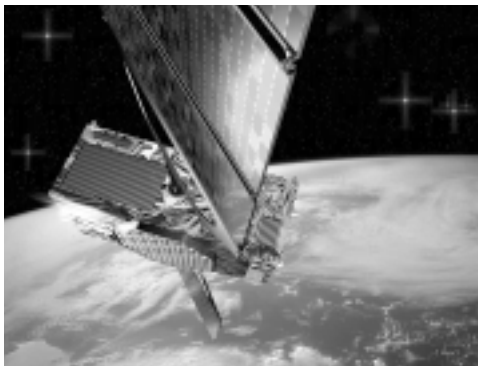
Die heute noch eigenständige europäische Weltraumorganisation ESA soll in eine Behörde der EU - ähnlich der Nasa in den USA umgewandelt werden, und ihr bisher ausschliesslich ziviler Charakter soll eine militärische Komponente erhalten.

Die Europäische Kommission hat Mitte November ihr mit Unterstützung der ESA fertiggestelltes Weißbuch zur Weltraumpolitik vorgestellt. Der Vorläufer das Grünbuch Europäische Weltraumpolitik, das die Europäische Kommission im Januar 2003 vorstellte, sollte „eine Debatte über die mittel- und langfristige Nutzung der Raumfahrt im Interesse Europas sowie über die Raumfahrtpolitik Europas“ anstoßen. Doch wie bei der Europäischen Verfassung findet keine wirkliche öffentliche Diskussion statt und dem Bürger werden Einflußmöglichkeiten verwehrt. Folgende Schwerpunkte wurden formuliert

- * Europa braucht einen eigenständigen Zugang zum Weltraum,
- * Europa soll unter Fortführung und Verstärkung der internationalen Kooperation eine eigenständige industrielle Basis und Infrastruktur für die Raumfahrt erhalten bzw. diese ausbauen,
- * die Raumfahrt soll im Rahmen von GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) und ESVP (Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik) verstärkt für militärische Belange genutzt werden.

Von der Weltraummilitarisierung zur Weltraumbewaffnung?

Optische, Infrarot- und Radaraufklärung (Satellitenbeobachtung) sowie Informations- und Kommandosysteme (Satelliten-Fernmeldesysteme) werden als für die europäische Verteidigung wichtig bezeichnet. Damit sind die wesentlichen Komponenten der sogenannten C4ISR-Systeme genannt (command, control, communication, computer, intelligence, surveillance and reconnaissance).



„Außerdem ist es wichtig, dass die satellitengestützten Dienste sowohl in normalen als auch in Krisenzeiten gebührend geschützt sind“, heißt es in dem Entwurf. Von hier ist der Schritt nicht mehr weit zur Aussage, daß (militärische) Weltraumsysteme im Konfliktfall attraktive Ziele für gegnerische Angriffe werden könnten. Mit dieser Aussage begründeten die USA im sogenannten 2. Rumsfeld-Report die Notwendigkeit, ihre Systeme im Weltraum notfalls mit Waffengewalt zu schützen und demgemäß auch Waffen in den Weltraum zu verbringen.

Die EU und die deutsche Bundesregierung sollten sich der Gefahr bewußt sein, daß mit der stärkeren Militarisierung des Weltraums unversehens ein bislang noch bestehendes Tabu durchbrochen und der Weltraum zur Stationierung von Waffen genutzt wird. Eine stärkere Militarisierung des Weltraums ist daher unbedingt abzulehnen.

Wettrüsten im Weltraum verhindern

Politisch flankierende Maßnahmen zur Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum (Prevention of an Arms Race in Space, PAROS) dürfen nicht auf verbale Deklarationen bei internationalen Abrüstungsverhandlungen (z.B. zum nuklearen Nichtverbreitungsvertrag oder bei der Genfer Abrüstungskonferenz) beschränkt sein, sondern müssten ihren Niederschlag in der europäischen Politik finden. Deutschland und Europa sollten sich bindend verpflichten, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um Verhandlungen über ein generelles Verbot von Weltraumwaffen in Gang und zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen und den zivilen Charakter der ESA bewahren

Dieser Beitrag beruht auf einem Flugblatt, welche das Darmstädter Friedensforum in der Aktionswoche des Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space vor dem Weltraumkontrollzentrum ESOC verteilt hat und dessen Autorin Regina Hagen ist. **wsh ●**

Militärverfassung für die Europäische Union?

Jetzt geht das Projekt einer europäischen Verfassung in die entscheidende Phase. Wenn es nach Plan geht, sollen die Regierungen am 9. Mai 2004 den Text unterzeichnen. Der sogenannte EU-Konvent hat in längerer Arbeit einen Entwurf für die zukünftige EU-Verfassung vorgelegt. Tobias Pflüger zeigt in einer Analyse, dass es dieser Entwurf für eine neue EU-Verfassung in sich hat. So wird eine Aufrüstungsverpflichtung in einer Verfassung festgeschrieben, die in Zukunft für fast alle von uns verbindlich gilt.

In Artikel 40 (3) des Verfassungsentwurfs „verpflichten sich die Mitgliedsstaaten, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Es wird ein Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, den operativen Bedarf zu ermitteln und Maßnahmen zur Bedarfsdeckung zu fördern, zur Ermittlung von Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Grundlage des Verteidigungssektors beizutragen und diese Maßnahmen ggf. durchzuführen.“

Ebenfalls in der EU-Verfassung wird geregelt, dass das EU-Militär zu „Kampfeinsätzen im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen“ eingesetzt werden kann. Und dazu braucht es die nebenstehend beschriebene Aufrüstung im Weltraum. Auch die Atomkraft soll in Europa weiter gefördert werden. Der fast 50 Jahre alte Euratom-Vertrag wird im Anhang der EU-Verfassung quasi ungeändert übernommen. Der Stoff für die Bombe soll weiter produziert werden. Nüchtern betrachtet handelt es sich beim Entwurf für eine EU-Verfassung im Wesentlichen um eine Militärverfassung.

Jetzt ist es endgültig Zeit, sich einzumischen und den Forderungen der Zivilgesellschaft Nachdruck zu verleihen. Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) schlägt eine Kampagne gegen diesen EU-Verfassungsentwurf vor, die von Gruppen der Friedens- und Antikriegsbewegung, Gruppen der globalisierungskritischen Bewegung, Gruppen der Bewegung gegen Sozialabbau, Gruppen, die sich um Flüchtlinge kümmern, usw., getragen werden sollte.

Weitere Informationen: <http://www.lebenshaus-alb.de/mt/archives/001986.html>

Interesse und Kritik von hoher Stelle am FreiRaum

Am Eingang zum Sitzungssaal lag ein ganzer Stapel, der mit der Zeit niedriger wurde. Obwohl nicht in Englisch fand der FreiRaum bei der UNO in Wien eine ganze Reihe von Lesern.

Inspektionen sind zur Zeit ein viel diskutiertes Thema. Und so wurde von einem Vertreter aus dem Berliner Auswärtigen Amt der Artikel über die „Zivile Inspektion“ in Büchel als erstes und mit Interesse gelesen.

Aber auch der Leitartikel über Europa und die Atomwaffen wurde von ihm studiert und stieß auf inhaltliche Kritik. Entgegen der Darstellung von Gerd Greune, dass sich die EU nunmehr das Recht auf präventive Militäreinsätze gegeben habe, wollte der bundesdeutsche Diplomat festgehalten haben, dass die EU-Strategie eine ganze Reihe von Instrumenten zur Bekämpfung der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen aufzählt und erörtert. Erst die letzte Möglichkeit in dieser Reihe von Maßnahmen, sei dabei die Durchsetzung der entsprechenden völkerrechtlichen Normen aus den internationalen Abrüstungs- und Nichtverbreitungsverträgen durch militärische Mittel – und zwar ausschließlich auf Grundlage der UN-Charta.

Die Überlegungen von Solana zu einer EU-Sicherheitsstrategie finden sich auf der EU-Internetseite unter <http://ue.eu.int/pressdata/EN/reports/76255.pdf>

Auch wenn der Vorbehalt gemacht ist - wird er im Ernstfall eingehalten? Und steckt in dieser Androhung nicht der gleiche Widerspruch wie in der US-Politik? Glaubwürdiger wäre das Eintreten für die Nichtverbreitung von Atomwaffen, wenn die europäischen Staaten selbst der Abrüstungsverpflichtung aus dem Nichtverbreitungsvertrag nachkommen würden und die europäischen Atomwaffen abschaffen sowie die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO aufgeben würden.

Die EU-Strategie zur Bekämpfung der Bedrohung von Massenvernichtungswaffen ist zur Zeit noch Gegenstand abschließender Beratungen und wird erst Ende des Jahres veröffentlicht werden. ●

Testexplosion für Inspektionen zur Überwachung des Atomteststopp-Vertrages (Comprehensive Test Ban Treaty, CTBT)

Mehr als 300 m tief wurde die Bohrung einst in die Erde der kasachischen Steppe getrieben. Unterirdisch sollte darin eine Atombombe getestet werden. Letzten Herbst explodierte in dem Loch eine chemische Ladung. Die Schockwellen wurden im Internationalen Datenzentrum der „Vorbereitenden Kommission für die Organisation des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen“ (CTBTO PrepCom) bei der UNO in Wien registriert – wie geplant, denn das Ereignis bildete den Auftakt eines Experiments, um die Instrumente zur Überwachung des CTBT zu erproben.

Richard S. beschäftigt sich an seiner Universität mit Erdbebenforschung. Er wurde von seiner Regierung als Spezialist für mögliche CTBT-Inspektionen benannt, um bei Bedarf Vorwürfe über einen Atomtest vor Ort zu überprüfen. Im Planspiel läuft es wie in der Realität ab. Die Daten des „seismischen Ereignisses“ im erdachten Land Polygonien werden von dem ebenfalls erdachten Land Azurien als möglichen Hinweis auf einen verbotenen Atomtest gewertet und eine Überprüfung vor Ort beantragt. Im Experiment stimmt das Executive Council der CTBTO dem Antrag zu. Bei Richard S. klingelt das Telefon und innerhalb weniger Tage geht es auf zum Einsatz nach Polygonien.

Die anderen Inspektoren kennt er nicht oder nur aus dem gemeinsamen Inspektorentraining. Vertreter von vorwiegend drei Fachbereichen finden sich auf dem Ankunftsflughafen in Polygonien als Team zusammen: Seismologen, Nuklearwissenschaftler und Spezialisten für visuelle Auf-

klärung. Arbeitsabläufe müssen geklärt werden. In einer ersten Besprechung mit Vertretern von Polygonien werden gemäß dem Vertragstext des CTBT die Modalitäten für die Durchführung der Inspektion im vom Datenzentrum errechneten Untersuchungsgebiet von maximal 1000 km² besprochen. Im Experiment umfasst dieses Gebiet etwa 500 km², wo das Inspektionsteam samt Gerät nach knapp 24 Stunden Zug- und Autofahrt und insgesamt 11 Tage nach dem „seismischen Ereignis“ eintrifft.

Unterdessen haben die Polygonier Maßnahmen getroffen um das Ereignis zu verschleiern. Der Krater wurde aufgefüllt und mit Gras bepflanzt. Andere Stellen wurden umgepflügt, um falsche Fahrten zu legen. Letzteres finden die Inspektoren schnell heraus und suchen weiter. Am Ende des zeitlich auf 12 Tage im Gelände begrenzten Experiments hat das Inspektorenteam das Zielgebiet weitgehend eingegrenzt, ist aber noch nicht in der Lage einen Atomtest als Ursprung für das „seismische Ereignis“ auszuschließen. Richard S. ist enttäuscht, dass trotz der Anstrengungen dieser Vorsatz nicht erfüllt wurde.

Doch Gregor Malich von der Methodenabteilung für Vorort-Inspektionen ist sehr zufrieden. Das Experiment vom September 2002 hat eindeutige Hinweise darauf gegeben, wie der Ablauf einer solchen Inspektion verbessert werden kann, die in der Wirklichkeit, so hofft er, nie stattfinden wird. „Denn das Ziel unserer Arbeit ist zu verhindern, dass jemals wieder Atomwaffen getestet werden“ erklärt der deutsche Mitarbeiter der CTBTO PrepCom.





Der CTBT verbietet jegliche nukleare Explosionen. Ein weltweites Netzwerk von Überwachungsstationen ist im Aufbau und soll 2009 komplett sein. Vorort-Inspektionen wie in dem Experiment sind nur das letzte Glied in der Kette. Das Funktionieren des weltweiten Meßsystems und die Fähigkeit zu effektiven Inspektionen sollen Vertrauen in die Umsetzung des Vertrages schaffen, denn sieben Jahre, nach dem er zur Unterzeichnung aufliegt, ist er immer noch nicht in Kraft getreten.

Das liegt daran, dass 44 Staaten mit Zugang zu Nukleartechnologie den Vertrag ratifiziert haben müssen, bevor er in Kraft tritt. Und hier gibt es noch Lücken. Nordkorea, Indien und Pakistan haben den Vertrag noch nicht unterzeichnet. Ägypten, China, Indonesien, der Iran, Israel, Kolumbien, Kongo, die USA und Vietnam, haben den Vertrag zwar unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert.

Vom 3. bis 5. September tagte in Wien eine Konferenz zur Förderung des Inkrafttretens des CTBT mit Regierungsdelegationen der Signatarstaaten und Mitgliedern aus Nichtregierungsorganisationen. Die USA hatte keine Delegation gesandt, Präsident Bush lehnt die Ratifizierung des Vertrages ab, erwägt er doch die Wiederaufnahme von Atomtests zur Entwicklung von Mini-Atomwaffen. Nur auf den Zuhörerbanken ließ sich ab und zu ein US-Vertreter blicken.

Die Hoffnungen, dass trotz der US-Blockade einige wichtige Staaten die Konferenz zum Anlass nehmen, dem CTBT beizutreten oder ihn zu ratifizieren, blieben unerfüllt. China bekannte sich zur Bedeutung des Vertrages und verwies auf noch nötige Abstimmungen im Nationalen Volkskongress. Nur zwei kleinere Staaten, Honduras und Kirgisien ratifizierten nach der Konferenz.

Der CTBT ergänzt den Nichtverbreitungsvertrag. In der Abschlusserklärung der Überprüfungs-konferenz des Nichtverbreitungsvertrages war man im Konsens übereingekommen, dass das Inkrafttreten des CTBT ein wichtiger „praktischer Schritt“ für die Verpflichtung zur nuklearen Abrüstung ist. Daran erinnerte die deutsche Staatssekretärin Kerstin Müller in ih-

rer Rede. Sie forderte wie die meisten anderen Redner die säumigen Staaten auf, dem Vertrag beizutreten und ihn zu ratifizieren, besonders die USA und China.

Die Forderungen der Nichtregierungsorganisationen unterschieden sich wenig von denen der anwesenden Regierungsvertreter, doch wurde die Kritik am Verhalten der USA deutlicher formuliert: „Nordkorea und die USA haben unglücklicherweise einen gemeinsamen Wunsch, sich die Möglichkeit zu Atomwaffentests offen zu halten. Keiner von ihnen hat der Welt zugesichert in den nächsten Jahren auf diese Option zu verzichten.“

Aus Deutschland war nur ein Vertreter einer Nichtregierungsorganisation angereist. Zu wenig für die Wichtigkeit dieses Themas. Wir hoffen, dass sich dies in Zukunft ändert. Solche Konferenzen sind eine ausgezeichnete Gelegenheit. Wichtiger als das Zuhören bei den Plenumsreden sind bisweilen die vielfältigen Möglichkeiten am Rande. Die CTBTO stellt auch den Nichtregierungsorganisationen Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung, einen Raum zum Treffen, Internetzugang und eine Auslage für Papiere. Auch der FreiRaum lag dort aus und wurde eifrig mitgenommen. Nichtregierungsvertreter wurden auch zum Empfang des Vorsitzenden der Konferenz und dem Executive Secretary der CTBTO eingeladen, so kann man Kontakte zu den Diplomaten knüpfen. In Wien konnte man in einer Ausstellung und bei Führungen die Arbeitsweise der CTBTO PrepCom kennenlernen und dabei sowie in den angebotenen Workshops sein eigenes Wissen über Atomwaffen und ihre Abrüstung vergrößern. Das Zusammentreffen mit anderen Nichtregierungsorganisationen schafft internationale und unerwartete Kontakte, selbst ein Vertreter des Rotary-Clubs war gekommen, um mit seiner Anwesenheit das Interesse der Zivilgesellschaft an nuklearer Abrüstung zu demonstrieren. Dies sollten viel mehr aus der Friedensbewegung tun.

wsh ●

Abstimmungen für Abschaffung der Atomwaffen

Die „New Agenda Coaliton“, ein Zusammenschluß der Länder Ägypten, Brasilien, Irland, Mexiko, Neuseeland Schweden, Südafrika, hat in die UNO zwei Resolutionsentwürfe eingebracht um der wachsenden Bedrohung der Weiterverbreitung von Atomwaffen zu begegnen. Am 15. Oktober wurden im 1. UN Komitee für Abrüstung und Internationale Sicherheit wie folgt abgestimmt.

Die Resolution „In Richtung einer atomwaffenfreien Welt“ (A/C.1/58/L.40/Rev.1)

beruht auf dem Abschlußdokument der Überprüfungs-konferenz des NPT aus dem Jahr 2000, die von allen Staaten die dem NPT-Vertrag zugehören einstimmig angenommen wurde. Sie drückt tiefe Sorge über den geringen Fortschritt bei den damals vereinbarten 13 Punkten aus. Und kritisiert die stärker werdende Rolle von Nuklearwaffen in den Sicherheitsdoktrinen und die Pläne neue Nuklearwaffen zu entwickeln. 121 Länder stimmten für die Resolution. Die USA das Vereinigte Königreich und Frankreich stimmten dagegen, wie auch Israel, Indien und Pakistan. Deutschland gehörte zu den Nationen die sich enthielten. Nordkorea enthielt sich ebenfalls und bemängelte, dass die nukleare Bedrohung der USA gegen ihr Land nicht benannt sei. Kanada das einzige NATO-Land, das für die Resolution stimmte.

Die zweite Resolution „Verringerung der nichtstrategischen Nuklearwaffen“ (A/C.1/58/L.39/Rev.1) forderte die Abrüstung von Kurz- und Mittelstreckenwaffen wegen ihrer hohen Transportfähigkeit. Sie fordert die USA und Russland auf, ihre Übereinkünfte von 1991-92 in Vertragsform zu bringen. 118 Länder stimmten der Resolution zu. Die USA, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Russland stimmten dagegen, China beteiligte sich gar nicht an der Abstimmung. 41 Länder enthielten sich. Im Vorfeld hatten wir unsere Regierung aufgefordert diesen beiden Resolutionen zuzustimmen. Sie tat dies nicht, sondern ordnete sich der NATO-Linie unter. Wir müssen unsere Stimme für die Abschaffung der Atomwaffen deutlicher erheben, dass sich auf dem politischen Parkett etwas bewegt.

wsh ●

von Martin Otto

Seit der letzten FreiRaum-Ausgabe (Nr. 3/2003, S. 9) hat sich folgendes ereignet:

Am 28.7.2003 hat die 1. Kammer des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichts beschlossen, die Verfassungsbeschwerde von Elisa Kauffeld nicht zur Entscheidung anzunehmen. Elisa hatte die Beschwerde eingelegt, weil sie wegen der Zivilen Inspektion in Büchel am 9.8.1997 verurteilt worden war und weil sie die Stationierung von Atomwaffen in der Bundesrepublik für verfassungswidrig hält. Auch die von Eberhard Mitzlaff eingelegte Beschwerde ist inzwischen „wegen mangelnder Erfolgsaussichten“ in Karlsruhe abgewiesen worden. Er war wegen des ersten Bücheler Inspektionsversuchs am 20.4.1997 verurteilt worden. Anlässlich der wieder aufgenommenen Verfahren gegen Irene Breiter und Stefan Mathijssen am 21. Oktober in Stuttgart wegen einer Entzäunungsaktion am 24. April 2000 am EUCOM (Urteile von 10 bzw. 15 Tagessätzen rechtskräftig), wurde bekannt, dass es auch der gemeinsamen Beschwerde von Erika Drees und Wolfgang Sternstein, eingelegt gegen die Verurteilung der Entzäunungsaktion in Büchel am 7.8.1999, so ergangen ist. Wegen dieser Aktion wird Erika demnächst noch eine Rest-Gefängnisstrafe von 16 Tagen absitzen müssen.

Die sechs Aktiven, die am 23. Mai dieses Jahres in das Bücheler Militärgelände eingedrungen sind und an verschlossenen Hangartüren gerüttelt haben, haben im August Strafbefehle vom Amtsgericht in Cochem erhalten: Julia Bäuerlein, Wolf-Dieter Wiebach, Hermann Theisen, Johannes Plotzki und Martin Otto sollen Geldstrafen von jeweils 20 Tagessätzen bezahlen, Sabine Teubert eine von 30 Tagessätzen. Alle haben Einspruch eingelegt und warten nun auf einen Prozesstermin. Wegen unserer Büchelaktionen sind nunmehr mindestens 37 Strafbefehle plus 8 Anklageschriften an mindestens 38 verschiedene Personen ergangen.

Die Geldstrafe von 20 Tagessätzen, die gegen Andreas Peters wegen des Inspektionsversuchs in Büchel am 30.9.2001 verhängt wurde, ist inzwischen rechtskräftig geworden. Gegen mindestens drei der rund 300 Personen, die am 8.3.2003 die beiden EUCOM-Einfahrten blockiert haben, wurden Ermittlungsverfahren wegen Verdachts einer Straftat

Wir schauten zurück, wir schauten nach vorne

Bericht von der
8. Jahrestagung
der GAAA

Heimfahrt im Zug nach
dem anstrengenden
GAAA-Jahrestreff



Dreizehn Aktive der GAAA und ein Gastreferent waren mit von der Partie, als wir vom 7. bis 9. November in Fronhausen an der Lahn - zwischen Marburg und Gießen gelegen - im Tagungshaus „Altes Amtsgericht“ zusammen saßen.

Und es gefiel uns dort so gut, dass wir uns am Schluss vom Hausleiter gleich einen Termin für die 9. Jahrestagung im November 2004 reservieren ließen. Wir wären ein paar mehr gewesen, wenn nicht genau an jenem Wochenende im Wendland die Aktionen gegen den Castortransport losgegangen wären. Gut, dass viele GAAA-Angehörige „über den Tellerrand schauen“ und nicht nur gegen Atomwaffenpolitik widerständig sind!

Zum Einstieg in unser Wochenende hörten wir von Reiner Braun („Kooperative für den Frieden“/NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für den Frieden“) einen Vortrag über die neue Atomwaffenstrategie der USA und die sich daraus ergebende größer gewordene Gefahr eines Einsatzes von Nuklearwaffen. Über Mininukes und Bunker Busters hatte ich schon mal was gelesen, aber dass beschlossen worden ist, das seit Jahren inaktive Atomtestgelände in Nevada demnächst - in etwa 18 Monaten - wieder für Tests zu nutzen, war mir neu. Müssen wir uns bald wieder zurück benennen: in Atomteststopp-Kampagne?

Nun, zunächst mal soll es im kommenden Winter oder Frühjahr eine - hoffentlich nicht so drastische - Veränderung mit der GAAA geben. Wir werden bei der Deutschen Friedensgesellschaft/ Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen beantragen, sie möge uns als eine Projektgruppe der DFG-VK aufnehmen. Und der Bundesausschuss der ältesten deutschen, heute etwa 5.000 Mitglieder zählenden Friedensorganisation wird diesen Antrag mit 99prozentiger Wahrscheinlichkeit annehmen. Warum diese Veränderung? Weil unser rühriger Koordinator Roland Blach in seinem Hauptjob sowieso schon seit einiger Zeit Landesgeschäftsführer der DFG-VK Baden-

Württemberg ist und den Zustand beenden will, in zwei Büros arbeiten zu müssen: in Stuttgart für die DFG-VK und in Kornwestheim für die GAAA. Er versicherte uns, die GAAA werde nichts von ihrer Eigenständigkeit einbüßen. Unsere Konten beispielsweise werden wir weiterhin selbst verwalten.

Roland bedankte sich bei seiner/unserer Co-Geschäftsführerin Marion Küpker für die tolle Arbeit, die sie geleistet hat. Die von ihr organisierte Uranwaffenkonferenz lag gerade drei Wochen zurück. Sie kümmerte sich das ganze Jahr über mehr um die internationalen Kontakte, Roland mehr um die innerhalb der Landesgrenzen - und das funktionierte ganz gut.

Aber ein paar Ziele, die wir uns für 2003 gesteckt hatten, konnten wir nicht erreichen: Kein/e einzige/r Prominente/r war bei der Blockade in Büchel am 20. Jahrestag der Mutlanger „Promiblockade“ dabei. Es wurde kein Sponsor für Solar- oder Windenergieprojekte gefunden. Und mit dem Vorhaben, während des „Friedenssommers“ regelrechte Bezugsgruppen für „Zivile Inspektionen“ zu bilden, hat's auch nicht so geklappt.

„Wie schaffen wir es, die Atomwaffen endlich zu einem gesellschaftlichen Thema von hohem Stellenwert zu machen?“ fragte Reiner Braun uns und sich. Anlässe, dies weiter zu versuchen, wird es 2004 und 2005 unter anderem mit zwei New Yorker Konferenzen zum Nichtverbreitungsvertrag sowie mit den 60. Jahrestagen der Hiroshima- und Nagasaki-Katastrophen geben. Einen Schub für unsere Sache erhoffen wir uns auch von der geplanten Demo in Ramstein (20. März), die freilich nicht maßgeblich von uns organisiert werden wird, sondern von Organisationen, die größere Fähigkeiten zum Mobilisieren für nicht-ungehorsame Aktionen haben, vornehmlich von der IPPNW.

Wer bei der Jahrestagung nicht dabei war und das ausführliche Protokoll zugeschickt bekommen möchte, kann es sich bei mir - Tel. 06441-25462 - bestellen. ●

Der Krimi um die Leukämiefälle am AKW Krümmel in Norddeutschland

Der Verdacht, dass die deutsche Regierung im geheimen Mininukes erforscht hat, verdichtet sich!

Zwischen 1989 und 1996 erkrankten neun Kinder und ein junger Erwachsener von ca. 8000 Bewohnern im Umkreis von nur fünf Kilometern um das AKW Krümmel an Leukämie.

Den Ehrenpreis des diesjährigen Nuclear Free Future Awards am 12. Oktober im Münchner Rathaus gab es für eine Frau, die durch die damaligen Anfeindungen der Medien schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde, und zwar für Prof. Inge Schmitz-Feuerhake. Laut einem Artikel im Neuen Deutschland vom 22. Mai diesen Jahres sagte die Bremer Physik Professorin, statistisch gesehen wäre dort nur alle 58 Jahre eine Leukämieerkrankung bei Kindern zu erwarten gewesen. Das Institut für Präventionsforschung kam gar zu dem Ergebnis, die rund um Geesthacht beobachtete Häufung von Blutkrebs sei „weltweit einmalig“.

Während Inge Schmitz-Feuerhake damals noch den Staub von Dachböden der Umgebung untersuchte, entdeckte sie eine erhöhte Konzentration radioaktiver Stoffe Cäsium 137 und Strontium 90 sowie Plutoniumeinträge, die nicht aus den überirdischen Atomwaffentests kommen konnten. Der Verdacht, dass die radioaktiven Stoffe aus dem nahe liegendem Atomkraftwerk Krümmel bei Geesthacht entwichen sein könnten, lag der Wissenschaftlerin damals sehr nahe, wofür sie dann auch öffentlich mehrmals gebrandmarkt wurde.

Das Auffinden von radioaktiven PAC-Kügelchen in großer Menge, gerade mal 400 Meter entfernt vom AKW, ließ dann die Untersuchung in eine andere Richtung gehen. Dazu steht im oben genannte Zeitungsartikel, dass neben dem AKW ein Forschungszentrum GKSS (Gesellschaft für Kernenergieverwertung im Schiffbau und der Schifffahrt) liegt, welches in Verdacht steht, illegal an Kernwaffen geforscht zu haben. Fachleute sagen, dass die PAC-Kügelchen wegen ihrer Zusammensetzung nicht beim Betrieb eines AKW's entstanden sein könnten. Wohl aber beim Hybridverfahren, einer Methode, die Kernspaltung und Kernfusion kombiniert und bei Arbeiten in der militärischen Atomtechnik. Ein Unfall beim illegalen Experimentieren mit atomaren „Mikroexplosionen“ im Forschungszentrum GKSS, das vermutet der Berliner Physiker und Präsident der Deutschen Gesellschaft für Strahlenschutz, Sebastian Pflugbeil, könnte den mysteriösen Brand im Wald auf dem Gelände der GKSS ausgelöst haben und für die vielen Leukämiefälle in der Gegend verantwortlich sein.

Haben Sebastian Pflugbeil und die IPPNW-Ärzte nun Recht, wenn sie den Verdacht auf das benachbarte Forschungszentrum lenken? Pflugbeil hat nach eigenen Angaben in Unterlagen des

ehemaligen DDR Ministeriums für Staatssicherheit Belege gefunden, die den schrecklichen Verdacht erhärten. An dieser Stelle lohnt ein Blick in die Geschichte. In den fünfziger Jahren erwarb die GKSS das Gelände und die Bunker. Das Zentrum in Geesthacht wurde mit dem Ziel aufgebaut, Grundlagen- und angewandte Atomforschung zu betreiben, aber auch die atomtechnische Entwicklung industriell voranzubringen. Zu den Gründervätern der GKSS zählen die Professoren Erich Bagge und Kurt Diebner. Beide Physiker gehörten zu den deutschen Physikern, die versucht hatten, für Hitler die Atombombe zu bauen. Als erstes beschafften sich die GKSS-Gründer einen Forschungsreaktor. Während das Image der GKSS nach außen von einem eher harmlos erscheinenden Projekt, dem Bau des atomgetriebenen Schiffes „Otto Hahn“ geprägt war, forschten die Mitarbeiter hinter den Kulissen. Sie bauten einen Neutronen-Chopper und ein Kristallspektrometer auf – Geräte, die genau untersuchen können, wie viel Plutonium ein Brennelement enthält. 1963 ging ein zweiter Forschungsreaktor in Betrieb. 1964 erfolgte der Einstieg in die Brüterforschung, ein weiteres plutoniumträchtiges Arbeitsgebiet. Erst in den 80er Jahren liefen die Forschungsaktivitäten bei der GKSS langsam aus. Parallel dazu wurden nicht-nukleare Forschungsbereiche aufgebaut, etwa in der Unterwasser- und der Umwelttechnik. Auf dem GKSS-Gelände befindet sich aber noch eine Sammelstelle für schwachaktiven Atom Müll, der erste Forschungsreaktor soll auch im Wald vergraben sein. Das Forschungszentrum beschäftigt heute rund 800 MitarbeiterInnen, es wird vom Bund und den Ländern jährlich mit 60 Millionen Euro gefördert. GKSS und die schleswig-holsteinische Landesregierung dementieren, dass jemals an atomaren Miniexplosionen geforscht oder überhaupt mit PAC-Kügelchen gearbeitet worden ist.

Wir können sie zwar nicht zwingen die Wahrheit zu sagen, aber immer offensichtlicher zu Lügen! mk ●



*Ehrenmal für die erste vom Menschen erzeugte atomare Kettenreaktion am 2. Dezember 1942 in Chicago
Foto: Marion Küpker*

► Fortsetzung von S.14

(gemeinschaftliche Nötigung) eingeleitet.

Bitte schickt weiterhin alle Informationen zu den rechtlichen Folgen unserer Aktionen an Martin Otto, Magdalenenhäuser Weg 31, 35578 Wetzlar.

Frankreich überarbeitet Militärdoktrin

Frankreich überarbeitet nach Informationen der Pariser Tageszeitung „Libération“ seine Militärdoktrin und richtet das Atomwaffen-Arsenal auf so genannte „Schurkenstaaten“ aus.

Die französischen Atomwaffen seien neuerdings nicht mehr nur als Abschreckung gegen andere Atom-mächte gedacht, sondern auch für den Einsatz gegen mögliche Angreifer mit Bio- oder Chemiewaffen, schrieb die Zeitung am 27. Oktober unter Berufung auf hochrangige Vertreter der Streitkräfte.

Die Einzelheiten unterlägen strikter Geheimhaltung. Die „Libération“ schätzt die Zahl der französischen Atomsprengköpfe auf 250.

Rund drei Milliarden Euro würden pro Jahr für die Atomwaffen ausgegeben.

Präsident Jacques Chirac werde die „neue Doktrin“ in den kommenden Wochen verkünden, schrieb die Zeitung weiter. Chirac hatte zu Beginn seiner ersten Amtszeit eine Serie von Atomtests angeordnet, die 1996 abgeschlossen wurden. Der Staatschef sehe sich in der Frage der Atomrüstung in der Tradition von Präsident Charles de Gaulle, der in den 60er Jahren die atomare Rüstung seines Landes aufbaute.

Im Zentrum der neuen Militärdoktrin steht laut „Libération“ der Gedanke, dass bei einem Atomwaffen-Einsatz möglichst wenig Zivilisten zu Schaden kommen sollten.

So werde im Umfeld von Verteidigungsministerin Michele Alliot-Marie über den Bau von „Mini-Atombomben“ nachgedacht, die gezielt gegen bestimmte Gebäudekomplexe eingesetzt werden könnten. Ebenso wie die Regierung in Washington bereite sich auch Frankreich darauf vor, solche Waffen „präventiv“ gegen „Schurkenstaaten“ einsetzen zu können.

Red. In diesem Zusammenhang möchten wir auf den Artikel der IPPNW zu der Entscheidung des US-Kongresses am 12.11. hinweisen. ●

Impressum

FreiRaum.
Für eine Welt ohne Atomwaffen.
Für die friedliche Nutzung des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich mit Informationen aus

- der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen zu Atomwaffen und Uranmunition
- dem Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space
- der Pressehütte Mutlangen zu Weltraumwaffen

Auflage: 2000

Herausgeber:
Pressehütte Mutlangen
Friedens- und Begegnungsstätte
Mutlangen e.V.
Forststraße 3
73557 Mutlangen
Tel./Fax 07171 75 66 1
www.pressehuette.de
post@pressehuette.de

Gewaltfreie Aktion
Atomwaffen Abschaffen
Roland Blach
Lenzhalde 53
70806 Kornwestheim
Tel. 0 71 54 22 0 26
Fax: 0 71 54 18 36 35
Bürozeiten:
Di. 15.00 - 18.00 Uhr
Fr. 10.00 - 18.00 Uhr

Internationales
Marion Küpker
Bürozeiten:
Wochentags 10.00 - 13.00 Uhr
Tel. 040 430 73 32

Einzelheft: Euro 2.00 zuzüglich Porto, Jahresabonnement: Euro 8.00 einschließlich Porto

Für Mitglieder der Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V. ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Bankverbindung:
nur für Abo-Gebühren:
Friedens- und Begegnungsstätte – FreiRaum
Raiffeisenbank Mutlangen
BLZ 613 619 75, Konto: 55628010

für steuabzugsfähige Spenden:
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Kreissparkasse Ostalb
BLZ 614 500 50, Konto: 800268499
Stichwort: Spende FreiRaum

Redaktion:
Roland Blach (rob)
Tel. 07154 22 0 26
e-Mail: roblach@s.netic.de
Marion Küpker (mak)
Tel. 040 4 30 73 32
e-Mail: marion@motherearth.org
Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh),
V.i.S.d.P
Tel. 07171 18 20 57
e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Layout/Satz: db, mk

Druck: GUS-Druck GmbH
70180 Stuttgart,
Tel. 0711-600345

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.
Forststr. 3, 73557 Mutlangen
Postvertriebsstück E 59198 – Deutsche Post AG – Gebühr bezahlt

Termine:

28. Februar

Berlin Bikinis strahlender Jahrestag - Seminar zu den Atomtestfolgen im Pazifik
Kontakt: Julia Ratzmann Pazifik-Informationsstelle
Hauptstr. 2 91564 Neuendettelsau
Tel: 09874/91220, Fax: 09874/93120
Email: info@Pazifik-Infostelle.org
Internet: <http://www.Pazifik-Infostelle.org>

20. März

Internationaler Aktionstag Großdemonstration zum Atomwaffenstandort Ramstein
Kontakt: IPPNW, Körtestrasse 10, 10967 Berlin
Telefon: 030/698 074 - 0 Fax: 030/693 81 66
E-Mail: ippnw@ippnw.de
Internet: www.ippnw.de

9.-12. April Ostermärsche

22. April bis 7. Mai

Studien und Aktionsreise zum Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space und zur NPT-Prep-Com, UNO New York. Kontakt Pressehütte Mutlangen

7.-9. Mai

IPPNW Kongress Berlin Atomwaffen und Atomenergie in einer instabilen Welt Analysen und Auswege
Kontakt: IPPNW, Körtestrasse 10, 10967 Berlin
Telefon: 030/698 074 - 0 Fax: 030/693 81 66
E-Mail: ippnw@ippnw.de
Internet: www.ippnw.de

Mai bis Oktober

„Zerreißprobe Frieden“ Sonderausstellung über Mutlangen im Haus der Geschichte Stuttgart

5. September

Umrundung des Atomwaffenstandorts Büchel

16. - 21. Januar 2004

Bombay (Indien) 4. World Social Forum (WEF) in Bombay/Mumbai (dt. Infos: <http://www.attac.de/weltsozialforum>; engl. Infos: World Social Forum, wsfindia@vsnl.net, www.wsfindia.org)

28. Februar 2004

Berlin: Bikinis strahlender Jahrestag. Atomtestfolgen im Pazifik. 50 Jahre nach der „Bravo“-Bombe. Analysen und Ausblicke. Seminar des Pazifik-Netzwerks e.V.
Kontakt und Infos: Ingrid Schilsky,
Erich-Kästner-Ring 17, 22175 Hamburg,
040-6408393, ueckert-schilsky@t-online.de,
www.pazifik-infostelle.org



3. März 2004

10 Uhr 30 Amtsgericht Cochem, Raum 100, Verfahren gegen Martin Otto u.a. wegen Inspektion in Büchel (23.5.03)

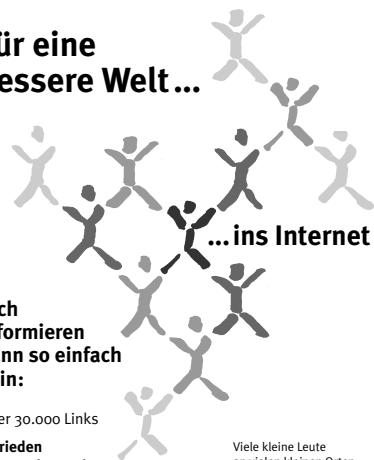
20. März 2004

Internationaler Aktionstag gegen den Krieg, in Deutschland u.a. Aktionen in: Ramstein, Protestmarsch „Stillhalten ist tödlich“ (<http://www.ippnw.de/ramstein>) zur US Airbase Ramstein.
Kontakt: Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn, Tel.: 0228/692904, Fax: 0228/692906,
friekoop@bonn.comlink.org,
www.friedenskooperative.de
Infos über Aktionen in den USA:
www.internationalanswer.org

26. April bis 7. Mai 2004

New York: NPT PrepCom (Vorbereitungskonferenz zur Überprüfungs-konferenz des Nichtverbreitungsvertrag 2005)

Für eine bessere Welt ...



Sich informieren kann so einfach sein:

- Über 30.000 Links
- Frieden
- Menschenrechte
- Umwelt, Eine Welt
- Soziales, Religionen
- Frauen, Bildung, Politik
- Nachrichten, Wirtschaft
- Konfliktregionen

Viele kleine Leute an vielen kleinen Orten, die viele kleine Schritte tun, können das Gesicht der Welt verändern.

➔ www.bessereweltlinks.de
Ausprobieren und weitersagen!